

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 2,- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Genua- und Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Vorpommern 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Sein“ mit „Erd- und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimweil“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Reklamelle 0,70 Goldmark, Reklamette 1,- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (zählend zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 27. November 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verkehrskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Nathusius wieder in Deutschland.

Nun geht die Heze erst recht los.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) General v. Nathusius, der noch am Dienstag die von ihm zu erfüllenden Formalitäten erledigt hatte, ist am Mittwoch morgen um 6 Uhr von seiner Begnadigung in Kenntnis gesetzt worden. Er wurde sofort aus dem Gefängnis entlassen und hat mit dem nächsten Zuge Elbe verlassen. Bereits am Mittwoch abend gegen 7 Uhr hat er die französische Grenze bei Forbach überschritten. Damit hat der Zwischenfall, der einen Augenblick lang die deutsch-französischen Beziehungen aufs neue zu vergiften drohte, eine Beilegung gefunden, die dem Verständigungswillen des Kabinetts Herriot ein Zeugnis ausstellt, an dem keine deutsch-nationale Kritik mehr rütteln kann.

Die schnelle Beilegung, die der Zwischenfall Nathusius durch die französische Regierung erfahren hat, ist um so anerkannterwert, als die Art, wie die deutsch-nationale Agitation diese Affäre zu Wahlzwecken ausbeutete, es dem Kabinetts Herriot wirklich nicht leicht gemacht hat, die Begnadigung des vom Völkerkriegsgericht verurteilten deutschen Offiziers auszusprechen. Man wird ausnahmsweise dem „Tempo“ beipflichten dürfen, wenn er am Mittwoch abend in seinem Kommentar zu dem Fall Nathusius schreibt, es sei unmöglich, an eine wirkliche Besserung der deutsch-französischen Stimmung zu glauben, solange von reaktionärer und nationalistischer Seite in Deutschland jeder Zwischenfall in der gewissenhaftesten Weise ausbeutet werde, um den Haß lebendig zu halten und neu zu schüren. „Frankreich“ so fährt das Blatt fort, „hat gerade in der jüngsten Zeit so etwanige Beweise seines Friedenswillens und seiner Verständigungsbereitschaft gegeben, daß dies auch von deutsch-nationaler Seite anerkannt werden müßte und doch, wenn die deutsche Politik wirklich nur die friedliche Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zum Ziele hat, man auch in Berlin einmal fünf gerade sein lassen muß. Statt dessen verläßt die nationalistische Presse in Deutschland, jede von den Alliierten gemachte Konzession und jedes der deutschen Regierung freiwillig gemachte Zugeständnis als einen Erfolg hinzufesteln, den die deutsche Diplomatie der Entente abgerungen hat. Glücklicherweise steht zu dieser nationalistischen Presselampagne die Rede, die der Reichskanzler Marx in Köln gehalten hat und in der er seine Absicht, die Politik internationaler Verständigung weiter zu verfolgen, in erfreulichem Gegenfah. Die französische Regierung hat diesen Weg längst und mit dem besten Willen betreten. Es ist nunmehr an der deutschen Regierung, auch ihrerseits in voller Loyalität mitzuarbeiten, den internationalen Horizont zu klären.“

Die Poincaristen interpellieren!

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) In den Wandelungen der Kammer verlaute am Mittwochabend, daß mehrere Abgeordnete der Reaktion die Regierung am Mittwochabend nach Eröffnung der Tagesordnung über die Begnadigung des Generals Nathusius zu interpellieren beabsichtigen. Herriot wird in diesem Falle die Interpellation voraussichtlich sofort beantworten.

Die Aktion der französischen Bürgerblöcker wird als eine Entlastungsoperation für ihre stark ins Gedränge gekommenen deutschen Gesinnungsgenossen anzusprechen sein. In einem Augenblick, in dem der deutsch-französischen Frieden ausbrechen droht, müssen eben alle Kräfte zusammengesetzt werden, um eine solche Geschäftsförderung zu verhindern.

Inzwischen fährt die deutsche Rechtspresse fort, in ihrem Netz hilflos zu zappeln. Die „Deutsche Zeitung“ zieht aus dem Fall Nathusius die Lehre, daß mit dem „feigen, händlerischen, jüdisch beeinflussten Getue“ der bisherigen Regierungen Schluss gemacht werden muß. Das tapfere Blatt findet es richtig, daß der General die Begnadigung angenommen hat, „um sich den Klauen des Peinigers zu erwinden“, verteidigt aber das Menschenrecht, hinterdrein diejenigen, deren Gnade man angenommen hat, „Peiniger“ zu schimpfen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bläst in dasselbe Horn. Sie meint, Nathusius sei nur begnadigt worden, damit „den deutschen Schildknappen der Franzosen“ das Konzept nicht verdorben werde. Daran knüpft dann das Agrarierblatt folgende schurkische Verleumdung:

Es sei nur daran erinnert, mit welcher Gleichmütigkeit feinerzeit das Schicksal tausender im Ruhrkampf verurteilter Deutscher gerade von der sozialistischen Presse behandelt wurde.

Das schreibt ein Blatt, dessen ganze Politik darauf ausgegangen ist, die Qualen der Ruhrgefangenen und der Ruhrdeutschen überhaupt zu verewigen!

Für den „Berliner Lokal-Anzeiger“ beweist die Begnadigung des Herrn v. Nathusius ganz klar, daß man am 7. Dezember — rechts wählen muß. Die Begnadigung sei „widerwärtig und unsittlich“, denn sie sei erfolgt, um die deutschen Sozialdemokraten zu unterstützen. Man könne also genau erkennen, „wo der äußere Feind Deutsch-

lands seine Bundesgenossen sieht und sucht.“ Das Blatt leistet sich zugleich ein niederträchtiges Fälschertunstück gegen die Pariser „Deuvre“, die angeblich den deutschen General „frech beleidigt“ haben soll. Das genannte Blatt ist in seinem politischen Teil mit der größten Entschiedenheit für Nathusius eingetreten. Im Feuilleton fand sich allerdings eine satirische Blauderei, in der behauptet wurde, daß im Kriege alle Generale klauten, besonders auch die französischen, daß dies jedoch lange noch die gemütlteste Seite des Krieges sei, weshalb es lächerlich wäre, nach Jahr und Tag um ein verloren gegangenes Geschirr zu prozeffieren.

In der Wahlbeilage der deutsch-nationalen Provinzpresse „Zerbrecht die Ketten!“ befindet sich ein Artikel — aber nein, das muß man im Wortlaut genießen, genau nach Vorlage, wie es dort gedruckt steht:

Nathusius!

Mit klugen Lettern steht auch dieser Name in der Geschichte der deutschen Republik eingetragen. Man denke:

Das Frankreich des Sozialdemokraten Herriot laßt den 70jährigen General von Nathusius über die Grenze, setzt ihn gefangen und übergibt ihn einem Kriegsgericht ehrloser französischer Schurken.

Die Unschuld des Greises ist sonnenklar.

Trotzdem brachte das Schurkengericht die Infamie fertig, Herrn v. Nathusius zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen. Und was tut die Reichsregierung, um diesen Bürger vor sadistischer Raube der Leute des Sozi Herriot zu schützen? Ergreift sie Repressalien? O wo! Sie wartet ab! Wartet vielleicht solange, bis Herr v. Nathusius der große Befreier Tod die Kerker-tore öffnet.

Der „Vorwärts“ aber, das rote Schandblatt, magt es, den Franzosen Hilfsdienste zu leisten, indem er die Unschuld des ehrenwerten 70jährigen deutschen Soldaten in Zweifel zieht, dann aber will, daß man

bei Herriot um Gnade winselt!

„Gnade!“ „Für das Opfer französischer Justiz!“ So etwas kann geschehen, seit Umsturz und Demutspolitik das deutsche Volk wehrlos seinen Feinden preisgegeben haben.

Seht Euch diesen Sozialisten Herriot an!

Er ist der Halbgott, die große Hoffnung unserer Demokraten und Sozialisten, von ihm erworten sie den „Geist der Versöhnung und Verständigung“! Tag um Tag wüten unter seiner Herrschaft die sog. „Kriegsgerichte“ gegen deutsche Brüder weiter, bis sie jetzt im Fall Nathusius einen neuen Gipfelpunkt der Niedertracht erreicht haben.

Vergeht nicht eine Stunde Namen, wie die des helden Schlägter und des Greises Nathusius! Wo ist der Unterschied zwischen Poincaré und Herriot? Erbärmlicher Schwindel ist es, dem deutschen Volk zu sagen: Auch in Frankreich herrscht jetzt ein neuer Geist.

Wer daran denkt und am 7. Dezember den Linksparteien seine Stimme gibt oder wer gar nicht wählt, der ist bewußt ein Verräter am Vaterland!

Dieser Lyrik in Prosa folgt dann unmittelbar folgende Poesie:

Aus der Inflationsnot, wer rettete Dich?
Der Deutsch-nationale Hefferrich!
Dank ihm die Tat der Rentenmark:
Das Vaterland mach' frei und stark!

Ja, und das bekommt in Deutschland Stimmen! Das war im verflochtenen Reichstag stärkste Fraktion! Das will Deutschland regieren!

Gibt es in Innerafrika noch einen Regerstamm, der sich solche Führer gefallen ließe?!

Der Dank des Generals.

Paris, 26. November. (MIA.) Wie die „Agentur Havas“ aus Velle berichtet, ist der Bericht zur Freilassung des Generals v. Nathusius gestern abend um 9 Uhr bei der Präfektur eingetroffen. Die Präfektur hat sofort Vorkehrungen getroffen, daß die Nachricht sich in der Stadt nicht verbreite, hat aber unverzüglich den General im Untersuchungsgefängnis von seiner Begnadigung in Kenntnis setzen lassen. Der General erklärte darauf folgendes:

„Ich bin sehr glücklich, daß die französische Regierung diese Entscheidung getroffen hat. Ich werde nunmehr baldigst meine Familie wiedersehen. Was man getan hat, ist gerecht, denn ich bin unschuldig.“

Bevor General v. Nathusius heute früh das Untersuchungsgefängnis verließ, drückte er seine Befriedigung über die ihm zuteil gewordene Behandlung aus. Heute früh um 7 Uhr 15 Min. hat er Velle verlassen und ist um 7 Uhr abends in Forbach eingetroffen.

Index und Wirklichkeit.

Kein Teuerungsmessstab für ein Existenzminimum.

Von Kurt Heinig, Mitglied der Reichsindexkommission.

Es wurde im „Vorwärts“ schon kurz mitgeteilt, daß die Reichsindexkommission zusammengetreten ist, um über die dringende notwendige Verbesserung der Indexberechnung zu beraten. Im besonderen durch die Anwendung der zurzeit unzureichenden Indexziffer bei sogenannten Reallohnberechnungen, wie sie das Reichsstatistische Amt in „Wirtschaft und Statistik“ fortlaufend veröffentlicht, sind Auswirkungen entstanden, die die Gewerkschaften nicht länger ertragen durften. Infolge ihres Einspruches und als Resultat der Beratungen der Indexkommission hat sich das Reichsstatistische Amt entschlossen, bis zur Erledigung der Indexberechnungen von der Veröffentlichung weiterer Reallohnberechnungen abzusehen. Am nächsten Donnerstag tagt in Berlin eine Konferenz aller landesstatistischen Beamten, ihr folgt dann am 2. Dezember wieder die Reichsindexkommission.

Der innere Aufbau der Reichsmessziffer ist nur wenig bekannt. Deswegen greifen auch so viele Kritiken daneben. Der Reichsindex entsteht auf die Art, daß aus 72 Kommunen (den sogenannten Eildienstgemeinden) allwöchentlich, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern mituntergeschrieben, die Lebensmittelpreise, Wohnungsmiete usw. nach Berlin gemeldet werden. Naturgemäß würde bei den Feststellungen der Teuerungsdurchschnittszahlen ein falsches Bild entstehen, wenn einfach der Kilopreis für Kartoffeln z. B. mit dem Kilopreis für Pfeffer zusammengestellt und dann die Veränderung gegenüber der gleichen Berechnung für die Vorwoche festgestellt würde. Das Gewürz spielt im Haushalt eine andere Rolle als Kartoffeln, Fleisch, Brot usw. Aus diesem Grund werden die einzelnen Teuerungszahlen, auf denen der Reichsindex beruht, zweinander in ein bestimmtes Verhältnis gesetzt.

Das Wertigkeitsschema des Reichsstatistischen Amtes summiert die 53 Warenpreise, die von den Eildienstgemeinden gemeldet werden, in 17 Gruppen. Diese 17 Gruppen sind auf den wichtigsten Lebensbedürfnissen einer fünfköpfigen Familie nach dem vierwöchigen Bedarf aufgebaut. Hier beginnt sehr häufig schon ein Irrtum. Viele Leute halten diese Wertigkeitsschemata für ein Existenzminimum. Sie machen dann für den unzureichenden Reichsindex die angeblich zu gering eingeleiteten Lebensbedürfnisse, wie sie das Reichsstatistische Amt als Wertigkeitsschema benutzte, verantwortlich. Das ist aber, wie schon gesagt, ein Irrtum. Die Lebensbedürfnisse, die in jenem Wertigkeitsschema erfasst sind, kosteten nach den Berechnungen Kuczynskis im vergangenen Monat 160 M. Es gibt viele Arbeiter, die wöchentlich 35 bis 40 M. nicht verdienen. Die Mängel des Reichsindex liegen also in anderen Ursachen.

Die nach dem Wertigkeitsschema errechneten Rohdurchschnitte werden wieder nicht einfach zusammengestellt, sondern sie werden, wie man das technisch nennt, noch einmal gewogen. Die 72 Eildienstgemeinden sind nach ihrer Größe in sechs Gruppen zerlegt. Aus den Teuerungszahlen der diesen sechs Gruppen angehörenden Eildienstkommunen wird je eine Durchschnittsteuerungszahl gewonnen. Diese wird dann mit der Gesamtzahl der Einwohner der Städte ihrer Größenklassen multipliziert. Aus den so erzielten Durchschnittszahlen wird dann erst die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) berechnet.

Es muß immer wieder betont werden, daß die eben geschilderte Berechnungsmethode unserer Indexziffer objektiv zuverlässig ist. Man meint häufig, es ginge dabei nicht richtig zu. Diese Annahme beruht zumeist darauf, daß in die Indexziffer etwas hineingebacht wird, was gar nicht in ihr liegt. Sie ist im besonderen kein Teuerungsmessstab für ein Existenzminimum.

Natürlich wird die Teuerung vom Reichsstatistischen Amt zuerst in Waren gemessen, die im Arbeitnehmerhaushalt eine entscheidende Rolle spielen. Dennoch drückt die aus dem Index sich entwickelnde Preisturve nicht die volle Teuerung einer bestimmten Lebenshaltungshöhe des Arbeitnehmers aus. Das geht schon daraus hervor, daß die derzeitige Berechnung nicht durch all die Ausgabeposten einen Querschnitt zieht, die im Arbeiterhaushalt heute eine entscheidende Rolle spielen. Ebensowenig zieht sie einen Querschnitt durch irgendein Friedensexistenzminimum des Arbeitnehmers. Sie ist nichts anderes als eine Teuerungsmessziffer, die, wie schon einmal gesagt, nur durch einen Teil der Lebenshaltungskosten des Arbeitnehmers hindurchgerechnet wird.

Nehmen wir zwei Beispiele:

Der Reichsindex wird heute — in seinem Gesamtdurchschnitt — mit Hilfe der Unterfriedensmiete nach unten korrigiert. Praktisch liegt es aber so, daß schon seit langem die Mehrzahl der verheirateten Arbeitnehmer durch eigene Nebenaufwendungen für die Instandhaltung ihrer Wohnung zur Unterfriedensmiete einen erheblichen Zuschlag zahlen, und daß die Wohnungen heute weniger wert sind als in Friedenszeiten, die für sie gezahlte Miete ist deswegen in Wirklichkeit gar keine Unterfriedensmiete. Die Verhüllung durch die Zwangs-

wirtschaft vermindert die Erkenntnis der Qualitätsminderung älterer Wohnungen. Dazu kommt die Knappheit an Wohnungen, die für die schlechteste Wohnung doch einen Preis erzielbar macht, der aus der gefälligen „Unterfriedensmiete“ und den eigenen Mieteraufwendungen für sie besteht. Der unversehrte zahlt für Schlafstelle und möbliertes Zimmer erheblich mehr als in Vorkriegszeiten, bald jeder Wohnungsaufbau verlangt Abfindungssummen, in Siedlungen usw. sind häufig längst die „Unterfriedensmieten“ überfritten. Man vergegenwärtige sich weiter, was ein Preisvergleich zwischen dem Butterpreis von 1914 und dem von 1918 auf der Butterkarte praktisch bei einer Indeberrechnung, die die Teuerung der Lebenshaltung darstellen sollte, bedeutet hätte.

Ein weiteres Beispiel: Heute zahlt der Arbeitnehmer effektiv durchschnittlich fünf Prozent seines Verdienstes an Einkommensteuer, die Steigerung gegenüber dem Vorkriegsstand ist außerordentlich. Auch die von ihm selbst zu tragenden Sozialen Lasten — durchschnittlich 5 bis 6 Proz. des Einkommens — seine Werbungskosten — dies ist ja auch vom Gesetzgeber anerkannt — sind heute erheblich höher als vor dem Kriege. Man denke an Wochenkarte, Straßenbahnfahrten, Fahrradrepaturen usw. usw. Die in diesen Ausgaben eingetretene Steigerung ist ebensowenig vom Reichsindex erfasst wie die Teuerung aller kulturellen Ausgaben in ihm nicht zum Ausdruck kommt. Der derzeitige Reichsindex gibt also nur einen Teil der Preishöhen an, die im Arbeitnehmerhaushalt eine Rolle spielen.

Das Reichsstatistische Amt hat, wie schon gesagt, vorläufig die Veröffentlichung seiner Reallohnberechnungen eingestellt, bis eine Untersuchung und Klarstellung der vorhandenen Mängel erfolgt ist. Es ist weiter heute noch eine offene Frage, ob nicht die beste Lösung des Indexproblems wäre, neben den bisherigen Zahl eine neue korrigierte Zahl, die auch bis 1913 zurückgerechnet werden müßte, zu schaffen. Es ist natürlich auch eine Korrektur der laufenden Indexziffer möglich. Darüber wird am 2. Dezember in der Reichsindex-Kommission entschieden werden.

Nachschrift der Redaktion. Zu den kritischen Bemerkungen des Genossen Heimig ist noch einiges hinzuzufügen. Das Statistische Amt der Stadt Berlin errechnet eine um 20 Prozent höhere Teuerung als das Reichsstatistische Amt. Wer die Kleinhandelspreise in Ausland vergleicht mit den Kleinhandelspreisen in Deutschland, wird feststellen, daß diese höher sind. Die im Ausland errechneten Teuerungszahlen liegen aber um 50 bis 80 Prozent über den Vorkriegszahlen, während das Reichsstatistische Amt nur eine Teuerung von 28 Prozent errechnet. Wenn da keine durchgreifende Änderung eintritt, dann ist die ganze Statistik wertlos. Es wird zu überlegen sein, ob nicht die Gewerkschaften unter Heranziehung von autoritativen Fachleuten mit Hilfe der Konsumvereine selbst die Indexberechnung vornehmen sollen.

Fort mit dem Parlamentarismus! Das Ziel der Deutschnationalen.

In der „Deutschen Zeitung“ unternimmt der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Eberling den verzweifeltsten Versuch, den deutschnationalen Wählern die Wahlmüdigkeit auszureden. Er läßt seinen Lesern zunächst ein Gruselmärchen von dunklen Mächten auf, die durch ihre Parole vom „zu Tode Siegen“ während des Krieges den Siegeswillen gelähmt und nach dem Kriege durch Gerüchte von Regierungskrisen die Regierungskrisen erst hervorgerufen hätten. Diefelben dunklen Mächte hätten jetzt die Parolen von der Wahlmüdigkeit ausgegeben, um den Aufmarsch der Deutschnationalen zu stören. Herr Eberling schreibt:

„Im Wahlkampf, der gerade von den pazifistischen Parteien mit auffallend viel „militaristischen“ Worten ge-

föhrt wird, sind die Reden des Geschüßfeuer, — vor allem die Reden der „großen Kanonen“, — aber die suggestiven Phrasen wie „Wahlmüdigkeit“ sind die betäubenden Gase. Man soll ihre Wirkung nicht unterschätzen und ihnen durch Abwehr und gesteigerte Agitation rechtzeitig begegnen.“

Man sieht förmlich, wie Herrn Dr. Eberling bei dem Gedanken an die „militaristischen Worte“ und die „betäubenden Gase“ der Pazifisten das Herz in die Hose schlittert und kann es ihm deshalb nicht übel nehmen, wenn er bei seinen Wählern dieselbe Widerstandskraft voraussetzt. Nach einem „Siegfrieden“ sieht das allerdings nicht aus, aber er muß seine Pappenheimer ja kennen, und wir sind nicht in der Lage zu widersprechen, wenn er die deutschnationalen Wähler für dümmere hält als die der anderen Parteien.

In seiner Angst vor den suggestiven Phrasen sucht Dr. Eberling krampfhaft nach einem Mittel, das seinen Wählern den Rücken steifen könnte, und er plaudert bei dieser Gelegenheit mehr aus der Schule, als er vor sich und seiner Partei verantworten kann. Er sagt, nachdem er die volle Schale seines Jornes auf das parlamentarische System ausgegossen hat, das die Parteien und Parteiführer zwingt, zu zeigen, was sie können, und das deshalb für die Deutschnationalen „unerschütterlich und untragbar“ ist:

Wir dürfen uns nicht dabei beruhigen, daß dieses System eben unerschütterlich und untragbar ist. Wir dürfen noch weniger um dieser Erkenntnis willen die einzige und auf lange Zeit letzte Möglichkeit verkümmern, das System durch ein fruchtbares und erträgliches zu ersetzen. Diese einzige Möglichkeit gibt die Wahl. Denn gewalttätige oder plötzliche Versuche zu Änderungen haben sich gleichfalls als unmöglich erwiesen. Die letzte Möglichkeit dazu bildet die Wahl. Ergibt sie eine Koalition der Mitte, so ist der Parlamentarismus erneut befestigt und auf Jahre verlängert, verlängert, wie es sonst bei vorläufigen Reichspräsidenten geschieht. Ergibt sie gar eine Koalition der Linken, so wird der Umfang des Parlamentarismus noch übersteigert, und die Reinigung vom Geist der Unterwerfung und vom Geist der Revolution wird ebenso vertagt, wie man inzwischen, um die Opposition auszuschalten, den Reichstag immer wieder vertagt hat, um ihn schließlich aufzulösen.

Die deutschnationalen Bauchschmerzen sind verständlich. Die Deutschnationalen wissen, daß sie im letzten Reichstag, in dem sie zum ersten Male nach ihrem Zusammenbruch Gelegenheit hatten, zu zeigen, was sie können, eine Riesenschlamme erlebt haben, sie befürchten, daß nationalistische Phrasen nach dieser Schlamme ihre eigene Unfähigkeit nicht mehr verdecken können, und ihnen wird übel, wenn sie an ihre Zukunft unter einem System denken, in dem Fähigkeiten und nicht Klassenrechte entscheiden. Deshalb ihr Ruf „Fort mit dem Parlamentarismus!“, deshalb ihr Entsetzen über die Wahlmüdigkeit in ihren eigenen Reihen.

Herr Dr. Eberling hat in seiner Angst verraten, worauf die Deutschnationalen mit ihrer schwarzweißroten Bürgerblockparole hinaus wollen. Sie werden am 7. Dezember die richtige Antwort erhalten: Nicht fort mit dem Parlamentarismus, sondern fort mit den Deutschnationalen!

Der Schmutzkampf der Deutschnationalen.

Bodum, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine able Bildpropaganda entfalten die Deutschnationalen. In einem Teil der Presse beröffentlichen sie Wahlaufrufe, in denen sich die Verlogenheit der nationalistischen Reaktionen von der Dickschlagende bis zu der Behauptung, daß Minister Seevering den Bürgerkrieg propagiere, austobt. In noch schlimmerer Weise enthalten ihre Flugblätter die abelsten Beschimpfungen der deutschen Republik und ihrer Repräsentanten. In einer diesigen deutschnationalen Druckerei wurden von der politischen Polizei eine große Anzahl deutschnationaler Wahlflugblätter beschlagnahmt, weil ihr Inhalt beleidigend für die Regierung war.

Gewerkschaften und Handelsverträge.

Protest gegen die Ausschaltung.

Die Gewerkschaften haben unter der Führung des A. D. O. B. zum Zweck ihrer Heranziehung zu den Handelsvertragsverhandlungen in den letzten Tagen verschiedene Schritte unternommen. Nach den Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsministerium werden die Gewerkschaften nunmehr am Donnerstag gemeinsam bei dem Auswärtigen Amt vorsprechen. Wenn die Besprechung mit dem Auswärtigen Amt erfolglos bleibt, dann wird ein gemeinsamer Schritt bei dem Reichskabinett erfolgen.

In Frankreich ist der bekannte Gewerkschaftsführer Souhait sogar Mitglied der französischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen. In Deutschland aber scheinen in gewissen Ministerien merkwürdige Anschauungen über den Umfang des Sachverständigenstabes der Gewerkschaften zu bestehen. Die Gewerkschaften besitzen ebenfugot wie die Unternehmerkreise für die wichtigsten Wirtschaftszweige eine Reihe von Sachverständigen. Sie betrachten die Probleme der Handelsvertragsverhandlungen übrigens keineswegs lediglich vom sozialpolitischen, sondern auch vom allgemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus. Man muß das betonen, weil es immer heißt, die zu den Handelsvertragsverhandlungen herangezogenen Persönlichkeiten aus dem Unternehmerlager kämen lediglich als Sachverständige in Betracht.

Die deutsch-englischen Verhandlungen.

Erfolgreicher Fortgang.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen schreiten erfolgreich vorwärts. Informierte Kreise wollen wissen, daß am Mittwoch eine Formel gefunden worden ist, unter der England die Erhebung der 26prozentigen Exportabgabe einstellen will. Die englische Regierung will ferner erlauben, daß die deutschen Banken ihre Londoner Filialen wieder eröffnen und deutsche Seereise auf englischen Schiffen Dienst tun können. Durch diese Konzessionen würde das in der Kriegsatmosphäre geschaffene, Deutschland lächende Ausnahmerecht beseitigt werden.

Preußen und die Rentenbankkreditanstalt.

Gegen die Anwendung des Artikels 48.

Die hinter der Rentenbank stehenden Großagrarien wollen noch rasch vor den Wahlen die Verwirklichung ihres Agrarbankplanes durchsetzen. Sie fürchten, daß der neue Reichstag ihren Plänen auf Schaffung eines Agrarbankinstitutes nicht entgegenkommen wird, und so wünschen sie, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung angewandt wird. Die preussische Regierung, die bei der Bedrohung der Preussentasse durch die geplante Agrarbank geradezu Lebensinteressen Preußens zu verteidigen hat, erklärt deshalb jetzt in einem Schreiben an den Reichstag, daß Preußen in der Reichsratsitzung am 27. November die Beratung der Beratung der Agrarbankkontroversee beantragt werde. Die Vorlage könne ja ohnehin erst im Februar im Reichstage zur Entscheidung kommen. Eine Errichtung der Rentenbankkreditanstalt im Wege der Notverordnung mit Hilfe des Art. 48 der Reichsverfassung könne erstlich unmöglich in Frage kommen. Im übrigen sei die Deutsche Rentenbank in der Lage, der Landwirtschaft die schon jetzt verfügbaren Mittel auf andere Weise zugänglich zu machen.

Die Rentenbank wird hier mit der Nase darauf gestoßen, daß sie sehr wohl in der Lage wäre, der Landwirtschaft schon jetzt die zur Verfügung stehenden Kredite zukommen zu lassen. Die Rentenbank will nur nicht; sie verweigert die Kredite, um bei der jetzt vor Woche zu Woche wieder stärker werdenden Geldknappung in der Landwirtschaft, deren allgemeine Zustimmung zu dem Agrarbankplan zu erzwingen.

Die Prominenten.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Über den Kapellmeister Bruno Walter, der einer von den seltenen Meistern der Kapelle ist, wurde schon so viel gesprochen, daß zu sagen fast nichts mehr übrig bleibt. Er ist in seiner Art tatsächlich die Vollendung des Dirigierkunstlichen, und er erfüllt in einer Weise, die nur bei Alfijs zu rühmen war, das höchste Prinzip musikalischer Darstellung, mit sparsamsten Mitteln und ökonomischster Handhabung des Materials höchste Wirkungen zu erzielen. Er ist sensibler, südlischer, auch weicher als Furtwängler, die Orchester werden unter seinem Stab fülliger, locker, während die Konturen weniger scharf herausgeprofilert werden. Das bedeutet für Verwaschen der Form und keinen Mangel an Kraft. Immerhin ist Walter das Singen im Orchester wertvoller als der Dirigent, das Ausgleichen der Einzelstimme wichtiger als das Scharfpräzieren. Die 10. Sinfonie von Haydn zeigte all diese Vorzüge des Meisterdirigenten, zeigte vor allem die weiche Hand, die vornehme Saune, die delikate Lustigkeit und das vorbildliche Stilempfinden. Die 10. Sinfonie von Haydn zeigte all diese Vorzüge des Meisterdirigenten, zeigte vor allem die weiche Hand, die vornehme Saune, die delikate Lustigkeit und das vorbildliche Stilempfinden. Reiner, bezaubernd, unelastischer und heisteter können Renaudet und Glinde nicht gedacht werden. In dem etwas dickflüssigen, thematisch starken Doppelkonzert von Brahms (Opus 102) vereinigten sich die Kräfte Feuerkraft zu einem sehr beherzten und temperamentvollen Zusammenspiel, in dem allerdings die Sinnlichkeit des Gegers gegen die Ruhe des Cellisten abfiel. Das Werk ist nicht sehr dankbar; dank der Führung Walters wurde es in seinen Kraftwerten und Gesangsparlien emporgehoben.

Dr. Bruno Walter ist höchst sensibler, empfindlicher Musiker, so dominiert bei Klavier das Motorische, impulsiv Treibende, auch das Ekstatische und Kraftstürmende. Mit diesen und scharf gezogenen Linien unternimmt er das erste Brandenburgische Konzert von Bach, wobei er dem Gesichtsloosen mit großem Geschick ausweicht und dafür mehr das Gradlinige, Grundmusikalische vorbehaltslos betont. Seine Energie fällt auf fruchtbaren Boden. Man hat immer das Gefühl, einem sehr gesund empfindenden, außerordentlichen Musiker zu begegnen. Diese absolute Männlichkeit hindert das Klagen vor der Melodie, die schwärmerische Hingabe an Part. So wurde das Es-Dur-Konzert von Beethoven eine leise Enttäuschung. Man kann sagen, daß der erste Aktord das Schicksal des Alvaro befehlte. Diese fast marionettische Ausdrucksweise, dieser schreiende scharfe Rhythmus und ein Feuer, das gar keine Beherrschung kennt, gestaltete dieses blühende Stück zu einer herrlichen Sinfonie. Das mag eine besondere Stimmung sein; sie wirkt erschreckend, zumal Edwin Fischer dieselbe Heberkraft dem Klavier zuteil werden ließ und bei seiner elementaren Art, in die Töne zu greifen, mancherlei Fehler in den Noten zuzugehörte. Eine innere Ueberstimmung machte den oben gekennzeichneten Stil des Werkes zwar sehr effektiv, konnte aber nicht mit dieser Veränderung in der Sollenhaltung eines herrlich zu singenden Stückes veröhnen. Klavier wurde, (ebenso wie Walter) mit blühendem Temperament geführt. Jascha Horenstein ist unter den jüngeren Dirigenten der Andri-Konzerte, wohl auch der musikalisch reifste und geschickteste. Man merkt das an der Art, wie er Programme zusammenlegt, man fühlt

es aus der erlebnisreichen Art seines Dirigierens heraus. Seine 180 Sänger treten so vorbereitet auf das Podium, daß keiner mehr ein Notenblatt braucht. Der Chor hat sich ansehnend im Laufe des letzten Jahres auch stimmlich glänzend entwickelt, und man kann fast ohne Hilfe eines Textbuches die Chöre auch sprachlich verstehen. Es fehlt alles Lieberloselermäßige Brüllen mit Kraft; gerade die sanften und stillen Gesänge (wie der Trauergefang von Schubert) werden innerhalb des Besingens noch vorzüglich avanciert. Volkstheater von Bartok, besonders das dritte, rollten wie am Schnürchen ab, wobei allerdings im schnellsten Tempo der Singscharakter der Waffe raub wurde. Früher traten die Sänger dieses Chores gern in Busen und ohne Stehtagen auf und nannten sich „proletarische Sänger“. Jetzt suchen sie die Konzerte der Bürgermusikanten auf kleiden sich im Gehrock und machen die gleiche Reklame, wie alle anderen musikalischen Vereine. Das ist gewiß kein Befehl der Gesinnung, sollte aber den Chor darüber belehren, daß es künstlerisch keine Unterschiede zwischen bürgerlichem und proletarischem Musikern gibt. Auch „proletarische Musikstrücker“ existieren nicht. Die breite Berliner Deffentlichkeit darf und soll sich für die Disziplin und den starken Kunstwillen des Schubert-Chors interessieren. Es lohnt vollauf.

Die Novembergruppe ist das enfant terrible unter den Konzertgebern. Sie läßt das Uebermoderne, das Unausgesprochene und oft Unausführbare von Eingeweihten spielen. Eine Suite von Wellesz (Opus 28) klingt nicht eben sehr schön, wagt aber besonders in den Esfällen eine ungewöhnlich federnde Rhythmik und im Kammerorchester ergötliche Färbungen; die auch dem durchschnittlichen Einfall noch einen Stich ins Interessante geben. Die Grobste von Malipiero birat einen müden und nicht gerade einschlagenden Witz; sie ist ein Abganz Strawinskyscher Länge. Am wertvollsten waren die russischen Volkstheater von Sieminski, die in ihrer persönlichen Heiterkeit und in dem unaufdringlichen programmatrischen Srief der Instrumente sofort wiederholt werden mußten. Es ist Russik, die Lächeln und Heiterkeit erzeugt. Allerdings ist Henri Wolff mit ihrer schwachen Stimme und ihrem schwächeren Gesaiten nicht die Frau, die derart spirituellen Gebilden gerecht wird. Josef Wolfstall spielte mit gewohnter Brauour die Solonake im Kammerorchester. Ernst Kahn dirigierte mit großem Eifer. In die artesten Situationen paßte seine heistige und wilde Art außerordentlich gut hinein.

Wertwürde, wie oft uns beim Hören moderner Musik die Erinnerung an Schubert kommt, allerdings in dem Sinne, daß kein neuer Meister das hat, wovon die Lieber des Österreichischen Meisters leben: Herz und Mut und Gefühl. Wenn nun eine Sängerin von der Qualität der Theresie Schnabel den Julius der „Winterreise“ singt und sich von Arthur Schnabel begleiten läßt, so weiß man von vornherein, daß hier ein Vorles an geistiger, gemüthlicher und musikalischer Beherrschung vorliegt. Und es gibt tatsächlich keine Enttäuschung. Wir kennen auch unter den großen Vöberlängerinnen nicht zwei, die etwa „den Lindenbaum“ oder „Gute Nacht“ so innig, so charaktervoll, so unbeschwert von dem Gefühl einer technischen Meisterleistung darzustellen weiß, wie Theresie Schnabel. Man wünschte, daß sie sich nicht so selten macht. Schubertische Lieder auch im Konzert der Frau Schloßhauer Reynolds mit Fritz Lindemann am Klavier. Der „Rufenstern“

liegt ihrer schweren fatten Stimmung nicht mehr. Um so bemerkenswerter, wie sie versucht, auf den Wegen dieser ewigen Läne zu schwingen. In Hugo Wolfens Liedern ist die Künstlerin ganz eingeklungen und offenbart den Glanz, die glodenhafte Klarheit und Schönheit ihrer hohen Stimmung.

Das Wunderkind ist jetzt jede Woche einmal am Werk und scheint in das Berliner Programm bereits so zu gehören, wie der Berchro-Anfall. Hans Guntz, der 14jährige, ist ein außerordentliches Talent, fingergewandt, natürlich im Ausdruck und ohne läbe Sensationsmanier. Soweit seine kleinen Finger reichen, bemüht er auch grifftechnisch die gespielten Werke, wie die schwachen Dreifach-Variationen Beethovens. Den Salonten eines Chopinschen Impromptus oder Scherzo zu treffen, darf man von dem Kinde nicht verlangen. Immerhin zog er sich auch hier mit großem Aufwand aus der Affäre. Man hat das Gefühl, als sei der Junge in sehr guter Jucht und habe Aussicht, eine Entwidlung zum Großen zu nehmen.

Bildpropaganda gegen Unfall. Eine umfassende Bildpropaganda hat die Zentralkasse für Unfallverhütung eingeleitet und zu die dem Zweck eine besondere „Unfallverhütungsbild-G. m. b. H.“ ins Leben gerufen. Die Aufgabe dieser Propaganda ist, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, „fortlaufend gute Unfallbilder, von Künstlerhand geschaffen, herzustellen zu lassen und planmäßig zu verbreiten.“ Die ersten Bilder sind bereits erschienen. Bei dem einen handelt es sich um ein allgemeines Bildplakat, das auf die große Zahl der Unfälle hinweist und jeden im Betriebe Stehenden mahnt, das Seine zur Verhütung und Verringerung des Unfalls beizutragen. Das zweite Bildplakat beschäftigt sich besonders mit dem Schutz der Augen. Um diese Bilder überall hin zu verbreiten, bedient man sich der Hilfe der Berufsgenossenschaften, die sie möglichst in jeden einzelnen Betrieb bringen sollen.

Fund eines gigantischen Dinosauriers. Der Direktor der naturgeschichtlichen Abteilung des Britischen Museums erhielt kürzlich von der Custerischen Forschungs Expedition die Mitteilung, daß dies im Gebiet des Tazantkastees die Reste eines Dinosauriers gefunden habe, dessen Maße alles übertrifft, was bisher von prähistorischen Tieren bekannt geworden sei. Während das größte FFH, der sogenannte Diplodocus, einen Rückenwirbel zeigt, der mit Schwanz 18 Meter Länge hat, erreichen die Maße des neu gefundenen Tiers fast das Doppelte. Man hofft, daß es der Expedition gelingen wird, das ganze Skelett des Dinosauriers zusammenzufügen zu können. Angefichts der Ausmaße, um die es sich hier handelt, zerbricht man sich im Britischen Museum den Kopf, wie man dieses Riesentier unterbringen soll.

Der Ursprung der Eskimos aufgedeckt? Knud Rasmussen, der bekannte dänische Polarforscher, ist jetzt auf der Heimfahrt von der fünften Thule-Expedition in das nordamerikanische Polargebiet. Der Zweck dieser Forschungsreise war u. a. eine Untersuchung ob die nordamerikanischen Eskimos mit den grönlandischen Stammesverwandte sind. Die Expedition hat diese Annahme auch bestätigt. Rasmussen hat erklärt, daß er eine erschöpfende Abhandlung über die Geschichte der Eskimorasse schreiben will. Er habe, so sagte er, positive Beweise dafür, daß er den Ursprung der Eskimos entdeckt habe, könne sich

Wer im Glashaus sitzt —

„Nationale“ Kriegsoberfürsorge.

Genosse Erich Rothmann, Mitglied unserer bisherigen Reichstagsfraktion, schreibt uns:

Bei der Behandlung der Kriegsoberfürsorge im Reichstag hat der deutschsozialistische Abgeordnete Oberstleutnant a. D. Ahlemann am 24. Juli 1924 den Geschmach beiseite, folgende Hejerei vom Stapel zu lassen:

„Run wird allenthalben behauptet, wir hätten zu wenig Geld. Wir könnten doch einiges heraussparen, wenn die Herren Sozialdemokraten wirklich mit ernstem Willen an die Frage herangingen. Was brauchen wir? Nun, wir brauchen in der schweren Zeit vom Ende des Krieges bis jetzt 77 Minister mit Pensionansprüchen. Samohl, die Herren beantragten Ministerpensionen und sie bekommen sie. Da, wo es nicht langt, wird ihnen allerhand angerechnet, damit sie nur ja ihre höchsten Bezüge bekommen. Streichen Sie diese Pensionen und geben Sie das Geld den Kriegsbeschädigten. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Auch Ludendorffs Pension?) — Ludendorff hat seine Pension ehrlich und redlich verdient. — Also man streiche von den 77 Ministern die Pensionen, man streiche aus dem Staatsdienst diejenigen Männer heraus, die unfähig sind für ihr Amt.“

Ich habe darauf festgestellt, daß es in der Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei förmlich von Leuten wimmelt, die sich in der Volkstiefe ihrer Jahre „an der Futterkrippe“ mästen, um eine von der Reaktion zum Schlagwort erhobene Ausdrucksweise zu gebrauchen. Als den Führer des parlamentarischen Pensionats nannte ich Herrn Ludendorff „mit einer Pension von rund 22 000 Goldmark“. Mir ist in jener Sitzung in der Hitze des Gefechts insofern ein Irrtum unterlaufen, als ich statt „Pension“ den Ausdruck hätte gebrauchen sollen: „Aus öffentlichen Kassen der Republik“. Die Bezüge des Herrn Ludendorff aus öffentlichen Kassen der Republik beliefen sich, aufs Jahr umgerechnet, damals in der Tat auf etwas über 22 000 Goldmark, davon waren rund 16 000 Goldmark Generalpension. Nach der neuesten Beförderungsreform, deren Wirkung ich im Augenblick noch nicht genau übersehe, dürfte die Pension des Herrn Ludendorff auf rund 17 600 Goldmark anwachsen. Die Parlamentsblätter will er, der Spitzenkandidat der Deutschsozialistischen, trotz des Antiparlamentarismus der Linkischen, bekanntlich auch nicht missen. Die Auflösung des Reichstages hat mich daran gehindert, diese kleine Richtigstellung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit im Reichstag zu machen. Sie ändert nichts an der Tatsache, daß Ludendorff, dessen ganzes politisches Trachten auf den Sturz der Republik gerichtet ist, aus den Kassen dieser Republik 24 000 Goldmark im Jahre schmunzelnd in Empfang nimmt und, wie Blätter melden, als National-„Sozialist“ sich von einem bayerischen Missionär burgähnliche Willen bauen und zur Verfügung stellen läßt.

Herr Ludendorff steht indessen als Kostgänger der republikanischen „Futterkrippe“ in der nationalsozialistischen Fraktion nicht allein. Als weitere Abonnenten der Futterkrippe können mit Sicherheit festgestellt werden:

- Oberstleutnant a. D. Ahlemann. Er bezieht rund 5800 M. Pension im Jahr.
- Oberstleutnant a. D. Kriebel. Er bezieht rund 5800 M. Pension im Jahr.
- Hauptmann a. D. Fied. Er bezieht rund 4000 M. Pension im Jahr.
- Hauptmann a. D. von Heydebreck. Er bezieht rund 4000 M. Pension im Jahr.
- Stabskapitän a. D. von Ramin. Er bezieht rund 4000 M. Pension im Jahr.
- Kapitänleutnant a. D. von Reventlow. Er bezieht rund 4000 M. Pension im Jahr.

aber vorläufig noch nicht öffentlich darüber äußern. Er konnte von Grönland durch das arktische Kanada, über Alaska nach der sibirischen Küste gehen und sich mit allen Eskimostämmen in einer für alle gemeinsamen Sprache verständigen. Von Grönland bis Sibirien gibt es — alle Stämme zusammengerechnet — nicht mehr als vierzigtausend Eskimos. In der näheren Umgebung des Poles hat Rasmussen Eskimos getroffen, die bisher niemals den Besuch eines weißen Mannes empfingen hatten. Rasmussen ist, wie bekannt, selbst Halbblut: seine Mutter war eine Eskimofrau.

10 Millionen Jahre alte Wassertropfen. Professor D. C. Farrington, der Leiter der geologischen Abteilung des Chicagoer Museums, hat von einer Studienreise durch Südamerika Wassertropfen mitgebracht, die 10 Millionen Jahre im Quarz eingesperrt erhalten geblieben sind. Wie aus Chicago berichtet wird, sind diese Wassertropfen unbeschadet der Tatsache, daß sie schon vorhanden waren, ehe höheres organisches Leben auf der Erde begann, hell, durchsichtig und in flüssigem Zustand geblieben. Sie wurden im Quarz einer Felsenformation bei Bahia in Brasilien entdeckt, und die Tropfen werden in ihrem ursprünglichen Behälter jetzt ihren Platz im Museum zu Chicago erhalten.

3000 Dollar auf jeden Amerikaner. Die Amerikaner schwimmen in einem Meer von Wohlstand, der sehr im Gegensatz zu der wachsenden Verarmung Europas steht. Die Natur hat ihnen in diesem Jahr eine glänzende Weizenerte beschied, die einen Ertrag von 350 Millionen Bushels von vorzüglicher Qualität brachte, während alle anderen Weizenländer, wie Kanada, Australien und Argentinien nur sehr spärliche Ernten hoben. Statistiken, die aus diesem Anlaß in New York Blättern veröffentlicht werden, erklären, daß der Reichtum Amerikas seit dem Beginn des Weltkrieges um so viel angewachsen ist, wie das gesamte Volkvermögen von Großbritannien und Frankreich zusammen beträgt. Die Erzeugnisse der amerikanischen Fabriken haben sich seit dem Kriege verdoppelt, und während die Zahl der Bevölkerung um fast 15 Millionen angewachsen ist, hat der nationale Reichtum so zugenommen, daß das auf jeden Amerikaner, Mann, Frau oder Kind, durchschnittlich entfallende Vermögen von 2000 auf 3000 Dollar pro Kopf gestiegen ist.

Museumsführer. Sonntag, den 20. 10 Uhr vorm., finden nissenstische Ausstellungen durch Direktoriumsamt im Allen Museum (Statuen und Reliefs der klassischen Welt II, Professor Schädler; im Haller-Rydzki-Museum (Mittelalterliche Kunst um 1000 — Renaissance), Professor Schallmüller und im Museum Oring-Ribrecht, Strauß 7 (Vor- und Frühgeschichtliche Kunst), Professor Böde, hat. Aufgehört um 5 Uhr. — für die Führung des Professors Böde zu 1 Pf. — sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Die „Museumskunde“, das von Prof. Dr. Karl Roettigau, dem Direktor der Dübeldorfer Kunstsammlungen, herausgegebene Handbuch für Vermittlung und Technik öffentlicher und privater Sammlungen, stellt jetzt mit dem 17. Jahrgang das Größte ein. Die Zeitschrift hat trügling dazu beigetragen, die Museumskunde als selbständiges Gebiet zu entwickeln. Nun soll in einer Zusammenfassung gesammelt werden, was bisher geleistet worden ist: in einem Handbuch der Museumskunde, das in einiger Zeit erscheinen wird.

Dem ungarischen Nationalmuseum hat Graf Alexander Apponyi seine aus mehreren Tausend Exemplaren bestehende Bibliothek, die alles enthält, was vom 15.—19. Jahrhundert über Ungarn im Druck erschienen ist, vermacht.

Ich habe die Pensionen unter Berücksichtigung der neuesten Beförderungsreform nur in runden Summen wiedergegeben, weil sich aus dem Reichstagshandbuch das Pensionsdienstatler und der Familienstand dieser Pensionäre der Republik nicht feststellen läßt. Einige weitere Pensionempfänger, wie z. B. der berühmte bayerische republikanische Oberamtman Dr. Fried, seien übergegangen.

Jedenfalls sieht fest, daß sich die vergangene nationalsozialistische Reichstagsfraktion zu 25 Proz. aus Abonnenten auf die republikanische Futterkrippe zusammensetzte, die neben der Pension trotz allem Antiparlamentarismus auch die Diäten noch ganz gerne einsteckten.

Und wie steht es mit den 77 pensionierten Ministern der Republik? Sie existieren nur in der allerdings sehr lebhaften Phantasie des Herrn Ahlemann. Aus dem Haushaltsvoranschlag für 1924 ist zu entnehmen, daß zurzeit 42 ehemalige Minister und 5 Reichskanzler aus der Reichsliste Pension beziehen. 20 Minister hat Herr Ahlemann hinzuzufügt. Sind aber die 42 Minister republikanische Minister, wie man es in lächerlicher Umdeutung der Wahrheit darzustellen versucht hat? In Wirklichkeit stammt die große Mehrzahl auch dieser Pensionäre, genau wie die rund 44 000 Offiziere und Heeresbeamten, für welche die Republik nach der neuesten Beförderungsreform rund 200 Goldmillionen aufzuwenden haben dürfte, noch aus der Zeit des Kaiserreichs. Zum Beweis hierfür seien nur die bekanntesten der noch lebenden Pensionäre hier genannt: Die Reichskanzler Fürst Bülow und Michaelis, die Staatssekretäre Tirpitz, Graf Posadowsky, Ballraf, Kühnemann, Hinge. In der Zahl des Staatsentwurfes ist auch Helfferich noch enthalten. Dazu kommt eine ganze Reihe ehemaliger preussischer Kriegsminister. Sind die schwarzweißroten Minister v. Rheinbaben, Becker, Heinze und Raumer vielleicht als Republikaner anzusprechen?

Wenn von der Futterkrippe die Rede ist, so hätten die nationalsozialistischen Parteien zum Schweigen alle Ursache, denn wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Edener beim Reichspräsidenten.

Begrüßung des Führers des J. N. 3.

Zu Ehren des Führers des J. N. 3, Dr. Edener, fand gestern beim Reichspräsidenten ein Frühstück statt, an dem außer Dr. Edener u. a. die Reichsminister Dr. Gehler, Dr. Luther, Dr. Stroschmann, Hamn und Graf Kanitz, Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Richter, General v. Serdt, bayerischer Botschafter Dr. Böhler, Herr Krupp v. Bohlen, Professor Junders-Dessau, Schiffsbauingenieur Flettner sowie eine Reihe führender Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften, der Finanzwelt, der Wissenschaft und der Presse teilnahmen. Während der Tafel hielt

Reichspräsident Ebert

folgende Ansprache: „Es ist mir eine lebhaftige Freude, Ihnen, Herr Dr. Edener, und Ihren Mitarbeitern nach Ihrer glücklich und erfolgreich vollendeten Fahrt und Ihrer Rückkehr in die Heimat den herzlichsten Willkommensgruß des Deutschen Reiches hier zu erwidern. Mit diesem Gruß gebe ich zugleich dem bewundernden Danke des gesamten deutschen Volkes an Sie und die anderen tüchtigen Teilnehmer für Ihre großen Leistungen herzlichsten Ausdruck. Unser Dank umfaßt alle die Männer, die als Erbauer, Ingenieure und Arbeiter an dem so trefflich bewährten Luftschiff mit bester Kraft zusammengearbeitet haben.“

Ihre Fahrt war begleitet von den besten Wünschen und den zuversichtlichsten Hoffnungen des ganzen deutschen Volkes; nicht nur aus sportlichen Interessen und weil man sich begeisterte an dem Wagemut des Unternehmens und an der Kühnheit der Fahrt, jubelte man Ihnen und dem Luftschiff zu; es war mehr als das; wir alle leben in diesem Werk und in dieser Fahrt einen Ausdruck des technischen Könnens Deutschlands, des trotz allem ungebrosenen deutschen Willens zur Selbstbehauptung und des festen Vertrauens unserer Nation in sich und ihre Zukunft. Die tiefen Gefühle der Deutschen haben Sie, haben die Mitarbeiter an Schiff und Fahrt durch das gute Gelingen verstärkt und befestigt; in der Welt aber haben Sie deutsche Arbeit und deutsches Können erneut zu Ehren gebracht und unserem Lande neue Sympathien errungen. So war der Bau dieses Schiffes und eine glückliche Fahrt, trotzdem sie im Zeichen der Reparationsleistung stand, dennoch eine nationale Tat, für die wir Erbauer und Führer von Herzen Dank und Anerkennung darbringen. Ich bitte Sie, meine Herren, mit mir das Glas zu erheben auf den tüchtigen Kapitän Herrn Dr. Edener und seine Kameraden, auf die Juppelwerfer und alle Ihre Mitarbeiter.“

Auf die Ansprache des Reichspräsidenten antwortete

Dr. Edener

mit folgenden Worten:

Tief bewegt nehme ich die überaus herzlichsten Begrüßungsworte, die Sie, Herr Reichspräsident, an mich und meine Kameraden gerichtet haben, entgegen. Ich habe von ganz Deutschland so viel Beweise der Sympathie und Anerkennung erfahren, daß ich nicht weiß, ob sie im Einklang stehen mit der bescheidenen Leistung, die wir vollbracht haben. Bei der ganzen Fahrt haben wir außerordentliches Glück gehabt. Glück haben wir erstens insofern gehabt, als wir beim deutschen Volke eine Anerkennung gefunden haben, auf die wir nicht rechnen durften. Glück haben wir weiter mit dem Wetter gehabt, nicht als ob wir alles Wetter gehabt hätten; ganz im Gegenteil, wir fanden schlechtes Wetter vor, aber es hat uns erlaubt, zu beweisen, was man mit unserem Luftschiff machen kann. Glück hatten wir weiter insofern, als wir bei der Fahrt über New York ein Wetter vorfanden, das man am besten als „Theaterwetter“ bezeichnen kann, und das unser Schiff segelfähig in begünstigter Richtung vor strahlendem Himmel setzte. Glück hatten wir schließlich darin, daß wir drüben in Amerika eine Situation und eine Stimmung vorfanden, die aus unserer rein technischen Angelegenheit eine politische machte. Ich habe mir in Amerika erzählen lassen, daß sich in den Vereinigten Staaten eine psychologische Stimmung herausgebildet hat, die zeigt, daß das amerikanische Volk geneigt ist zu einer Wiederverwandlung an uns und nur noch einem Anlaß bedarf, um diesem Gefühl Ausdruck zu geben. Das amerikanische Volk hat mit einer gewissen Begeisterung die von uns hingestreckte Hand erwidert und sich bereit erklärt, wieder auf Freund zu werden mit den Deutschen. Das ist der allgemeine Eindruck, den ich drüben gefunden habe in der Bevölkerung sowohl wie bei den Vertretern der amerikanischen Regierung. Ich darf meiner Genugtuung über diesen von uns verdienten Erfolg Ausdruck geben, indem ich Sie bitte, mit mir das Glas zu erheben auf die guten Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke, die sich so erfreulich entwickelt haben; mögen sie weiter gestärkt werden und zu einer wirklichen Freundschaft beider Völker führen!

Dem Überwachungs Ausschuss des Reichstages ist vom Reichsanwalt Ministerium Mitteilung von den Beschläffen der Regierung und der Reichstagsausschüsse über die Beamtenbeförderung gemacht worden, der Vorsitzende des Überwachungs Ausschusses hat diesen jedoch nicht zu einer Sitzung berufen. Infolgedessen hat das Reichsanwaltschaftsministerium die Parteiführer des früheren Reichstages zu einer Sitzung eingeladen, die am Dienstag im Reichstag stattgefunden hat. Der Zweck der Besprechung war lediglich der, die Parteiführer, die aus allen Parteien berufen waren, über die Sachlage zu informieren.

Rechtsturm gegen Stauning.

Vertrauensvotum für das sozialistische Ministerium.

Kopenhagen, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Unzufrieden an eine Skandalprokläre, die ein früherer Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“ verfaßt hat und in der der frühere Chefredakteur des Blattes, Sozialminister Borgberg, beschuldigt wird, daß er es geduldet habe, daß ein seit verstorbenen Mitarbeiter Handelstelegramme aus Amerika an die „Frankfurter Zeitung“ weitergeleitet habe, obwohl diese Telegramme als Deckmantel für deutsche Spionage dienen, versuchen die beiden Rechtsparteien heute, durch eine Interpellation das Ministerium Stauning zu stürzen. Der Versuch mißlang. Nach einer sehr heftigen Debatte wurde ein vom Ministerpräsidenten verlangtes Vertrauensvotum mit 73 Stimmen gegen 71 angenommen. Aus der Stimmenzahl geht hervor, daß die gegenwärtigen Regierungsparteien geschlossen für das angenommene Vertrauensvotum gestimmt haben.

Trotsky abberufen?

Riga, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die radikale Richtung in den Sowjets hat ihren Willen, Trozki zu beseitigen, durchgesetzt. Er ist als Kommissar für Kriegsangelegenheiten und von seinen anderen hohen Posten abberufen worden. Was mit ihm wird, ist noch nicht bekannt. Man spricht von seiner Verwendung auf einem diplomatischen Posten im Auslande, aber auch von einer Verbannung nach dem Kaukasus. In der roten Armee wie in der Marine herrscht über die Abberufung Trozki sehr starke Beunruhigung, die sich auch in lauter Kritik gegen den nunmehr dominierenden Einfluß Sinowjews in der russischen Politik äußert.

Geldschritt der Scholemiten.

Moskau, 26. November. (D. E.) Dem Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei ist ein Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zugegangen, in welchem das tiefe Bedauern der deutschen Partei darüber ausgedrückt wird, daß „ungeachtet der Beschlüsse aller kompetenten Instanzen“ der Genosse Trozki es für möglich gehalten habe, gerade in diesem Moment die abgeschlossene Parteidiskussion nochmals aufleben zu lassen. Das Zentralkomitee der deutschen Partei lehne jede Erneuerung jener Debatte ab und erkläre sich solidarisch mit dem Zentralkomitee der KPP.

Die Vergewaltigung Ägyptens.

Das Kabinett für die Gewaltpolitik.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett hat am Mittwoch über die ägyptische Krise beraten. Chamberlain erstattete einen langen Bericht über die Entwicklung der Angelegenheit. Die militärischen Vorkehrungen wurden gebilligt. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde die scharfe Kritik aus anderen Ländern, insbesondere aus Frankreich und Amerika studiert.

Die Räumung des Sudan durch die ägyptischen Truppen hat am Mittwoch begonnen. Vorläufig ist ein Bataillon abgezogen. Die übrigen Truppen werden das Gebiet ebenfalls bis Sonnabend geräumt haben.

Weitere Kriegsschiffe nach Ägypten.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Von Malta sind drei weitere englische Kreuzer und zwei Hilfskreuzer nach Ägypten abgegangen.

Opposition gegen das Vorgehen in Ägypten.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Daily Telegraph“ beschäftigt sich am Mittwoch in einem Artikel mit der Forderung, den Konflikt mit Ägypten dem Völkerbund zu unterbreiten. Er bestreitet, daß der Völkerbund in der Angelegenheit etwas zu sagen habe. England könne sich auf das Statut des Völkerbundes berufen, wenn es eine solche Einmischung ablehne. Nach den vertraglichen Beziehungen zwischen England und Ägypten gehöre dieser Konflikt zu den Angelegenheiten der britischen Innenpolitik. England sei der Welt gegenüber für die Aufrechterhaltung der Ruhe in Ägypten und für den Schutz der Fremden verantwortlich.

Die Regierung wird sich infolge der von MacDonald angekündigten Interpellation bereits in einer der ersten Sitzungen des neuen Parlaments wegen ihrer Politik in Ägypten zu veranworten haben. Auch die Liberalen sind mit der Haltung der Regierung nicht einverstanden. Sie werden wahrscheinlich verlangen, daß der Sudan unter das Regime des Völkerbundes gestellt wird und England im Auftrag des Völkerbundes die Verwaltung dieses Gebietes führt. Diese Ansicht der Liberalen wird in den Kreisen der Arbeiterpartei unterstützt.

Professor Gilbert Murray, einer der Vertreter des Arbeiterkabinetts beim Völkerbund, schreibt in einem Brief an die „Times“: Wir mögen bis ins einzelne absolut recht haben, aber wenn wir eine Unterjochung durch den Völkerbund vermeiden, wird man glauben, daß wir unrecht haben. Akzeptieren wir eine solche Unterjochung, so wird die Welt gezwungen sein, uns zu glauben. Die Krise liefert uns eine Gelegenheit, darzutun, daß wir in gutem Glauben gehandelt haben.

Die IWP. gegen die ägyptische Politik.

London, 26. November. (E. P.) Die unabhängige Arbeiterpartei (IWP.) protestiert in einem Manifest gegen das Vorgehen der englischen Regierung in Ägypten. Die Befehle Ägyptens dienen nur strategischen und finanziellen Zwecken. Zu dieser Bestätigung siehe jede moralische Grundlage. Die ägyptische Regierung habe genau so wie jede andere Nation das Recht, sich selbst zu verwalten. Weiter wird in dem Manifest verlangt, daß die Frage der Oberaufsicht des Sudans dem Völkerbund vorgelegt werden solle und daß man es Ägypten selbst überlasse, Ordnung zu schaffen. Die IWP. verlangt die sofortige Einberufung einer englisch-ägyptischen Konferenz über die Räumung Ägyptens, wobei auch beschlossen werden soll, daß der Einzug unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt werde, da es sich hierbei um einen internationalen Handelsweg handle.

Kampf gegen die Teuerung.

— in Frankreich.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung sucht die Verteuerung der Lebenshaltung so rasch und so wirksam wie möglich zu bekämpfen. Sie will zu diesem Zweck in erster Linie die Getreideverzeugung steigern. Ein Gesetzentwurf, durch den die Regierung die Verwendung stickstoffhaltiger Düngemittel in der französischen Landwirtschaft zu begünstigen sucht, wurde am Mittwoch im Parlament eingebracht. Ein weiterer Gesetzentwurf soll die Getreideverzeugung sicherstellen. Selbstverständlich polaut die Börse sofort aus, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen der Regierung nicht zu dem gewünschten Erfolg führen werden, da sie durch den Gesetzentwurf der Regierung die Freiheit des Getreidehandels in Frage gestellt sieht. Dementsprechend fehlt es nicht an Protesten derjenigen Kreise, die um ihr persönliches Geschäft besorgt sind.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichsarbeitsminister verteidigt sich.

Nach einem Bericht des Wolff-Bureau folgte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in einer Rede in Donaubrück:

Auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ist die brennendste Frage die Frage der Arbeitszeit. Gegenüber dem immer wiederkehrenden Vorwurf, daß gerade der Arbeitsminister es gewesen sei, der im Spätherbst 1923 den Achtstundentag abgeschafft habe, muß erneut festgestellt werden, daß sich damals über die Unmöglichkeit der Beibehaltung des schematischen Achtstundentages die gesamte öffentliche Meinung und alle Parteien, von der Sozialdemokratie bis zur äußersten Rechten, einig waren. Auch haben sich die gesamten Parteien über den wesentlichen Inhalt des damaligen Gesetzes geeinigt. Es ist nicht wahr, daß der Achtstundentag allgemein abgeschafft wäre. Die Mehrzahl der Betriebe und annähernd die Hälfte der Arbeiterschaft werden auch heute noch normalerweise acht Stunden am Tage beschäftigt. Die einschneidendsten Änderungen mußten in der Schwerindustrie, insbesondere in der Schwermetallindustrie, vorgenommen werden. Aber gerade hier waren bei der Eigenart der Betriebe und angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Notlage (Währungsverfall) die Verhältnisse besonders zwingend. Die Reichsregierung hat die damalige Arbeitszeitverordnung stets als Nothverordnung angesehen. Sie ist deshalb auch, trotz der gegenwärtigen Lage, im Laufe dieses Jahres mit den Nachbarländern ins Benehmen getreten, um über eine vernünftige Anwendung des Washingtoner Abkommens eine Verständigung herbeizuführen, die auch der umgehender geschwächten deutschen Wirtschaft die Anwendung dieses Abkommens noch ermöglichen soll. Auch steht Abhilfe für die Schmarbeiter bevor. Die neuen Arbeitszeitgesetze, welche die Verordnung vom Dezember 1923 ablösen sollen, sind im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung und werden vom neuen Reichstag zu erledigen sein.

Wenn der Reichsarbeitsminister behauptet, daß die gesamte öffentliche Meinung und alle Parteien, von der Sozialdemokratie bis zur äußersten Rechten über den wesentlichen Inhalt des damaligen Gesetzes und der Unmöglichkeit der Beibehaltung des schematischen Achtstundentages einig waren, so ist der wesentliche Inhalt dieser Behauptung falsch. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind nur bereit gewesen, zuzulassen, daß durch Tarifverträge Abweichungen vom Achtstundentag vereinbart werden können. Der Reichsarbeitsminister aber hat bei Nichtzustandekommen eines Tarifvertrages seine Schlichtungsinstanzen in Wirksamkeit treten lassen und die von diesen gefällten Schiedssprüche, die den Achtstundentag beseitigen, für allgemein verbindlich erklärt. So wurde aus dem vereinbarten „grundgesetzlichen“ Achtstundentag, wie er im § 1 der Arbeitszeitverordnung festgelegt wurde, der Neun-, Zehn- und Zwölfstundentag. Wenn, wie der Reichsarbeitsminister hinzufügt, der Achtstundentag noch nicht allgemein beseitigt ist, so ist das gewiß nicht das Verdienst des Reichsarbeitsministers, sondern einzig dem Widerstand zu danken, den die Gewerkschaften und den die sozialdemokratisch geschulte Arbeiterschaft geleistet haben. Die Widerstand ist es auch zu danken, daß der Reichsarbeitsminister jetzt vor den Wahlen die Rückkehr zum Achtstundentag ankündigt. Wenn es den Unternehmern aber mit ihrem Korruptionsfonds gelingen sollte, entscheidenden Einfluß im Reichstag zu gewinnen, wenn die Sozialdemokratie am 7. Dezember nicht einen glänzenden Sieg erringt, dann wird Herr Dr. Brauns erneut die Unmöglichkeit der Beibehaltung des schematischen Achtstundentages verkünden. Das kommende Arbeitszeitgesetz wird ausfallen, wie die Wahl am 7. Dezember. Und wie die Wahl ausfällt, wird Herr Dr. Brauns umfallen.

Der Reichswirtschaftsrat verschleppt.

Der vom Reichswirtschaftsrat eingesetzte Ausschuss hatte nach Besichtigungsreisen in das Ruhrgebiet und nach Oberschlesien in Aussicht genommen, das Ergebnis seiner Untersuchungen auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung in einer für den 25. und 26. November anberaumten Sitzung abschließend zu erörtern. Dazu ist es nicht gekommen, nachdem neue Anträge auf Erweiterung der Untersuchungen an Ort und Stelle eingegangen waren, obwohl der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die Bitte um Beschleunigung wiederholte; entgegen dem Botschaft der Arbeitnehmervertreter glaubte die Mehrheit des Ausschusses diese Anträge nicht ablehnen zu dürfen.

Der Abstieg der Kommunisten.

Der alte Trieb der Kommunisten, die geringe Zahl ihrer Anhänger hinter einem großen Geschrei zu verdecken, wird besonders in der letzten Zeit von ihnen wieder angewandt. Es hat sich gezeigt, daß ihre neue Parole „Hinein in die konterrevolutionären Gewerkschaften“ bei den zahlungsfaulen und gewerkschaftsfeindlichen Ausgesetzten nicht gezogen hat, so daß die KPD-Fraktionen und Zellen dadurch nicht größer geworden sind. Die wenigen Verärgerten, denen die Gewerkschaften von den Kommunisten verweigert wurden, sind zwar nach und nach zurückgekehrt, aber einen Zuwachs für die „revolutionären Gewerkschaftler“ haben sie nicht gebracht. Wer die Versammlungen der verschiedenen Verbände besucht, muß feststellen, daß die Kommunisten im hoffnungslosen Absterben sind. Sie sterben natürlich nicht gern und deshalb wird von Fraktionen ein um so lauterer Spektakel gemacht. Sie machen sich die alte Erfahrung zunutze, daß 20 Mann sozialer Spektakel machen können, daß dadurch auch eine große aufmerksame Versammlung gefördert wird. Auf diese Art allein sind sie noch in der Lage, die Versammlungen zu „beeinflussen“. Das Aufsitzen der bestellten Redner läßt die ganze agitatorische Hysterie der KPD-Zentrale erkennen; in ihrer Not nehmen sie zu den ältesten Vadenhäutern Zuflucht. Die Arbeitsgemeinschaft, der Ausschluß von notorischen Zahlungseindern, ja sogar die Kriegspolitik der Gewerkschaften muß herhalten, damit wenigstens geredet werden kann. Dazwischen leistet man sich die wunderlichsten Gedankenstränge; was gestern weiß war, ist heute schwarz. Niemand, selbst nicht der junge gefälligste Fraktionsredner, findet sich aus den Manuskripten mehr heraus, die den Kommunisten verabschiedet werden. Es ist ein kommunistischer Wirrwarr entstanden, der den östlichen Niedergang der Kommunisten zeigt. Wie in der Politik, so finden sie auch in den Gewerkschaften zur Seite herab. Eine kleine Gruppe Berranier hält noch zusammen. Von Roskau ausgehaltene „Führer“ zogen den allein richtigen, aber fortgesetzt neanderters „Weg aus dem Elend“. Die große Masse aber wendet

sich ab und erkennt in den freien Gewerkschaften wieder ihre besseren Vertreter.

Die Gewerkschaftsgegner müssen sich bei der Beurteilung und Einschätzung der kommunistischen Bewegung in den Gewerkschaften von der Erkenntnis leiten lassen, daß das Auftreten der meisten Fraktionsführer nicht einer persönlichen Ueberzeugung entspringt, sondern stets die bestellte Arbeit der Zentrale vorliegt. Wer in den verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen die kommunistischen Redner hört, muß die vollkommene Uebereinstimmung des „sachlichen“ Inhalts sowohl als auch des Wortlauts feststellen. Da es an dem fehlt, werden Ständlungen provoziert. Da in die kommunistischen Wählerversammlungen niemand geht, müssen eben die Gewerkschaftszusammenkünfte herhalten. Unsere Gewerkschaftsmitglieder werden gut tun, das Geschwätz der Kommunisten nicht mehr zu beachten. Eine kurze Richtweisung der größten Lügen und Verdrehungen genügt vollkommen. Jedes Eingehen in den hoffnungslosen Unsinns raubt die Zeit für nützbringende Tätigkeit und verhilft im übrigen dem „lebenden Leichnam“ zu einer gänzlich unangebrachten Beachtung.

Wenn die einst so starken kommunistischen Fraktionen bei den Metallarbeitern auf ganze 60 Mandate in der Generalversammlung gesunken sind, wenn die Kommunisten beim Verkehrsband zu einer hoffnungslosen Minderheit geworden sind, wenn in den anderen Organisationen ein gewaltiger Aufschwung unverkennbar ist, dann liegt das eben daran, daß die Masse der Mitglieder erkannt hat, daß die kommunistischen Parteien nur deshalb sozial Lärm machen, weil sie hohl sind.

Die badische Regierung zur Beamtensoldung.

Das Staatsministerium hat zu der vom Reichsfinanzministerium getroffenen Regelung der Bezahlung der Beamten Stellung genommen. Es wurde beschlossen, die Reichsbediensteten auch für die Landesbeamten zu übernehmen, jedoch mit der ausdrücklichen Beschränkung auf die Zeit bis Ende Dezember des laufenden Jahres. Damit soll zunächst erreicht werden, daß auch die badischen Landesbeamten in den Besitz höherer Bezüge kommen. Andererseits wird das Staatsministerium alsbald nach dem Wiederzusammentritt des Landtags im Dezember dieses Jahres mit diesem darüber beraten, in welcher Weise der großen Kollage der unteren Bezahlungsguppen, die durch die jetzige Bezahlungsregelung leider nicht behoben wird, abgeholfen werden kann.

Der Holzarbeiterverband im dritten Quartal.

Die wirtschaftliche Lage der Berliner Holzarbeiter hat sich durch den schlechten Geschäftsgang in der Holzindustrie im 3. Quartal dieses Jahres noch mehr verschlechtert. Die Möbelbranche arbeitete weiter tariflos; Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Tarifes haben nicht stattgefunden. (Zwischen ist es bekanntlich für einen Teil der Betriebe zum Tarifabschluß gekommen.) Eine Umfrage der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes ergab, daß in 268 Betrieben der Möbelbranche mit über 5000 Beschäftigten 4296 im Holzarbeiterverband und 318 in anderen Organisationen organisiert waren. Die Löhne der erfahrenen Arbeiter bewegten sich zwischen 70 Pf. und 1 M., während der Akkorddurchschnittsverdienst etwa 1,05 M. betrug.

Lohnbewegungen ohne Streiks wurden bei den Bauarbeitern, in der Goldleisten- und Rahmenbranche, für die Klavierindustrie und die Karosseriearbeiter geführt. In den letztgenannten Branchen erfolgte die Kündigung der Lohnabkommen durch die Unternehmer. Die Kistenmacher und die Holzschicht des Karosseriewerks von Schebera in Tempelhof mußten Streiks zur Abwehr geplanter Lohn- und Akkordhöhungen führen. Die Bewegungen wurden beendet, nachdem die Unternehmer die geplanten Absätze ganz wesentlich herabgesetzt hatten. In einer Reihe ähnlicher Betriebe wurden gleichartige Streiks geführt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am Ende der Berichtszeit 6544. Das bedeutet gegenüber dem 30. August allerdings einen Rückgang von 1987 Erwerbslosen, doch ist seit dem Anfang des Quartals wieder ein Ansteigen zu beobachten. Die Außenbeamten der Ortsverwaltung mußten in 189 Fällen bei der Schlichtung von Betriebsdifferenzen mitwirken und hatten 35 Verhandlungen wegen Betriebsstilllegungen zu führen. Der Mitgliederbestand hat eine geringe Zunahme erfahren; gegenwärtig gehören rund 25 000 Holzarbeiter der Berliner Verwaltungsstelle an. Der Vorbestand der Rasse hat sich sehr gebessert; die Verwaltung kann infolgedessen an die Arbeitslosen und Invaliden in der nächsten Zeit Extrazustahlungen auszahlen.

In dem Quartalsgeschäftsbericht, den Bevollmächtigter Freigang der Generalversammlung gab, erwähnte er besonders das Bestreben der Unternehmer, den Behörden einen Abbau der Sozialversicherungspflicht zu empfehlen, da die Wirtschaft die Beiträge dafür angeblich nicht mehr tragen kann. Die Arbeiterschaft muß auf diese Vorgänge ein ebenso wachsameres Auge haben wie auf die Konzernierungsbestrebungen, die sich in letzter Zeit in der Holzindustrie bemerkbar machen.

Die Aussprache benutzte Hennig von der KPD-Fraktion, um gegen einen Antrag der Ortsverwaltung, der den Beitrag an den „Verband sozialer Betriebe“ von 100 M. auf 2000 M. erhöhen wollte, Opposition zu machen. Die Generalversammlung war anderer Meinung und stimmte dem Antrag der Verwaltung zu. Der kommunistische Redner machte der Ortsverwaltung weiter darüber Vorwürfe, daß sie nicht ernstlich genug auf den Abschluß eines Tarifvertrages in der Möbelbranche gedrungen habe. Ihm konnte vorgehalten werden, daß im allgemeinen durch die Kommunisten die freien Gewerkschaften wegen ihrer „reformistischen Tarifpolitik“ heftigen Angriffen ausgesetzt sind. Als kleinerzeit der Tarif abgefallen war, zeigten sich die Kommunisten sehr erregt darüber; jetzt rufen sie wieder nach dem Neuabschluß. In merkwürdigem Widerspruch dazu steht auch der Inhalt eines Flugblattes der KPD-Fraktion, das der Ortsverwaltung nachsagt, sie laufe wegen des Tarifes den Unternehmern nach. Mit Recht fragte Boese, was denn nun eigentlich richtig sei.

Am Schluß der Generalversammlung kam ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge zur Verhandlung. Die Kommunisten erklärten sich in einer vorgelegten Resolution für die Erhöhung, forderten aber eine Urabstimmung. Sie erbot sich sogar, in den Mitgliederversammlungen „Propaganda“ dafür zu machen. Schon während Freigang kein Schlußwort hielt, machte sich eine Unruhe bei den Kommunisten bemerkbar, die sich schließlich so steigerte, daß die Versammlung nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Es wird daher eine neue Generalversammlung nötig sein; währenddessen erhalten die Mitglieder keine höheren Unterstützungen, wofür sie sich bei der KPD. bedanken können.

Familienlohnzulagen.

Entlohnung der Arbeit nach der Bedürftigkeit.

Wenige sozialpolitische Versuche der letzten Jahre haben mehr Aufmerksamkeit erregt als die in verschiedenen Ländern eingeführte Gepflogenheit, die Löhne durch besondere Zulagen für die Angehörigen des Arbeiters zu ergänzen. Dieser Brauch bedeutet die Einführung des Grundgesetzes der Entlohnung nach der Bedürftigkeit und nicht lediglich nach der Arbeitsleistung. Während des Krieges eingeführt, um den Schmutzigen, durch die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung veranlaßten Härten zu begegnen, hat sich das System der Familienlohnzulagen namentlich in gewissen Ländern Europas so rasch ausgebreitet, daß es nun in Betrieben mit nicht weniger als acht Millionen Arbeitern in einer solchen Betriebe 2700 000 Arbeiter beschäftigt, und in Deutschland ist die Zahl noch erheblich größer. (Wozu bemerkt sei, daß in der Industrie der Abbau dieses Systems begonnen hat. Kap. d. „Worm.“)

Das Internationale Arbeitsamt erhebt so viele Anfragen betreffend das System der Familienlohnzulagen, seine Entwicklung und die zu seiner Durchführung eingelagerten Verfahren, daß es diesbezüglich eine in Einzelheiten gehende Erhebung vornahm, deren Ergebnisse nun in einem Heft der „Studies and Reports“ des Amtes veröffentlicht wurden. Die Schrift enthält Angaben über die Verhältnisse in 15 europäischen Ländern und in Australien sowie eine allgemeine Einführung in die behandelten Probleme. Besondere Aufmerksamkeit findet das System der Zulagen in gewissen Ländern zu dem Zweck eingeleitet wurde, um zu verhindern, daß verheiratete Arbeiter mit großen Familien benachteiligt werden. Es wird auch auf die Frage eingegangen, ob Familienlohnzulagen aus den Erträgen der Wirtschaft oder aus Staatseinkünften zu bestreiten sind. Außerdem werden die Auffassungen von Arbeitern und Unternehmerorganisationen aufgezeigt, besonders in bezug auf die Frage, ob es erwünscht ist, daß sich das System der Familienlohnzulagen auf freiwilliger Grundlage weiter entwickelt oder daß es durch die Gesetzgebung mit dem größtmöglichen Maße von Einheitlichkeit durchgeführt wird. In dieser Hinsicht sind die Ansichten von Arbeitern und Unternehmern scharf unterschieden.

In der Schrift werden statistische Nachweisungen gebracht über die Beträge, die an Familien von verschiedener Größe gezahlt werden, ferner werden die Anwendungsmethoden durch die Vorschriften verschiedener Organisationen illustriert, die Familienlohnzulagen auszahlen.

Die Lohnbewegung in den Elektrizitätswerken.

Wie aus dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer mitgeteilt wird, ist die Lohnbewegung in den privaten Elektrizitätswerken noch nicht abgeschlossen. Es findet am Freitag ein Schlichtungsverfahren statt, um den Konflikt beizulegen. Soweit die Lohnbewegung in den städtischen Elektrizitätswerken in Frage kommt, deren Abschluß wir gestern bereits mitgeteilt haben, betragen jetzt die Löhne in Klasse Ia 84, Ib 79, in Klasse II 74, III 69, IV 60, V 60 Pf. pro Stunde. Das bedeutet eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes von 7 bis 8 Pf. Die Sozialzulagen betragen 96 Pf. für die Frau und 1,92 M. für jedes Kind.

Streik bei Schuchardt, Rungelst. 9. Die Metallkleber der Firma Schuchardt haben am Mittwoch infolge von Preisdifferenzen die Arbeit niedergelegt. Wir erlauben uns strengste Solidarität. Kein Metallkleber darf in dem Betrieb Arbeit annehmen. Insbesondere machen wir die Kollegen der Kundenbetriebe auf diese Bewegung aufmerksam, damit keinerlei Streikarbeit für die Firma Schuchardt angefertigt wird. Es handelt sich speziell um Telefon- und Radioteile. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wochenversammlung aller im Bezirkamt Treptow (15. Bezirk) beschäftigten Arbeiter, Angestellten, Beamten und deren Angehörigen am Freitag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaule Riesenbühnenstraße, Berliner Str. 31. Vortrag des Stadtrats Carl Werneke: „Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage?“ Es ist Pflicht aller, diese wichtige Versammlung zu besuchen. Abtunung, Kaiser-Friedrich-Platz abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25. Mitgliederversammlung. Die Ortsverwaltung.

AW-Funktionäre der Metallindustrie.

Freitag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr, Musterfeld, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, allgemeine Funktionärenversammlung: „Entfernung zum Angedenken des WDR, zum neuen Rahmen-(Berufungs-) Tarifvertrag.“ Die Mitglieder des AW-Metall-Komitees treffen sich bereits abends 6 Uhr im Speisesaal der Musterfelds zu einer Vorbereitungsversammlung, um die zu treffenden Beschlüsse der AW-Funktionäre festzusetzen. Die für den Monat Dezember vorgesehenen Bezirks-AW-Konferenzen fallen infolge der vorübergehenden Situation aus. Näheres Mitteilung in der Versammlung. AW-Metall-Komitee, Gänther, Laner, Roth.

Wahlung, Streiktrübsen des Bauernverbandes! Die in der Versammlung am Sonntag, den 28. November, folgende Akkordstelle können abgelehnt werden, Donnerstag, im Bureau, Engelauer 24-25, Zimmer 53, abgehalten werden. Der Vorstand.

Baugewerkschaft, Kohlenarbeiter der Glaser. Freitag außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Die Versammlung beginnt pünktlich 5 Uhr, da der Saal um 4 1/2 Uhr geräumt sein muß. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung. Die Mitgliederbücher sind um Sozialeigenen vorzubringen. Ohne diese kein Zutritt. Die Kohlenarbeiter der Metallindustrie, Freitag abends 6 1/2 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24-25, Funktionärenversammlung. Die Transport- und Transportarbeitergruppen aller Metallbetriebe haben sich durch ihre Funktionäre oder Betriebsbeauftragten vertreten zu lassen. — Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr im Saalbau Friedrichshagen. Am Friedrichshagen 16-21, große Versammlung aller Transportarbeitergruppen aus den Groß-Berliner Metallbetrieben. Entscheidung über die Teilnahme des Lohnabkommens. Die beschützten Transportarbeiter aller Betriebe haben bestimmt und vollständig zu erscheinen. Deutscher Verkehrsband, Section 5.

Deutscher Metallarbeiterverband, Abtunung, Verwaltungsmittelschicht! Am Freitag, den 28. November, findet eine Sitzung der mittleren Ortsverwaltung statt. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schifowski; Soziale und Soziale: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glöckler; Amtlich in Berlin: Berlin: Formdruks-Berlin G m b H, Berlin, Druck: Formdruks-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Gieser u. Co., Berlin SW 65, Lindenstraße 2, Bogen 2 Beilage.

Ein milde und sicher wirkendes Abführmittel sind San-Rat Dr. Strahl's Hauspillen, seit dem Jahre 1851 weitbekannt. Auch bei Hämorrhoiden, Leber- und Gallensteinleiden vorzüglich bewährt. Von Aerzten u. Patienten glänzend begutachtet. In Originalschachteln à Mk. 1.- u. 2.- zu haben in den Apotheken, wo nicht, franko Nachnahme durch Elefant-Apothek. Berlin SW., Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Norden 929b. Säle frei!

Wähle Voxhaus!

Dann urteile!

Eine Qualitäts-Ligarette für zwei Pennige

Aus der Praxis der Darlehnschwindler.

Der Prozeß „Adelar u. Co“ lenkt die Augen der Öffentlichkeit wieder auf jene Art von Schwindlern, die mit größtem Raffinement vorgehen, um G. Geldbörger das letzte Geld aus der Tasche zu locken. Er offenbart wieder, wie groß die Unkenntnis über geldliche Dinge in der Öffentlichkeit ist. Diese Unkenntnis wird nur noch übertraffen durch die geradezu ungläubliche Leichtgläubigkeit, die es oft den Schwindlern erst möglich macht, ihr unsauberes Geschäft mit Erfolg zu betreiben. Mit welchen Mitteln Hypothek- und Darlehnschwindler arbeiten, sollen die folgenden Ausführungen zeigen.

Vorschufschwindler.

Vorschufschwindler sind Personen, denen es nur darauf ankommt, von den Kreditwählenden unter irgendeiner Form und Bezeichnung Gebühren einzuziehen, sich aber nach Erhalt derselben nicht mehr um die Befreiung des meist bestimmten verprochenen Kredits zu kümmern. Die Antragsteller werden formularmäßig mit den unmöglichsten Gründen hingehalten und vertröstet oder es werden ihnen natürlich nach der Zahlung der Kosten Bedingungen gestellt, die ganz unmöglich zu erfüllen sind. Erst allmählich wird den meist armen Opfern klar, daß sie ihre letzten Pfennige gemeinen Betrügern geopfert haben. Diese Art der Betrüger ist deshalb so gemeingefährlich, weil sie unter dem Deckmantel ehrlicher Kaufleute oder Vermittler auftreten und hierdurch ihre Opfer desto sicherer schröpfen. Der Sale aber nicht, welche große Summen trotz aller Warnungen diesen Hyänen zum Opfer fallen. Die Polizei und die Gerichte können diesen Betrügern mit den Betrugsbefreiungen schwer verfahren, weil sie stets so vorsichtig sind, eine kleine Anzahl von Anträgen zur Auszahlung zu bringen und so den Anschein erwecken als handele es sich um reelle Unternehmungen. Erst bei eingehender Nachprüfung des Betriebes stellt sich der Schwindel heraus. Aber auch dann wird trotz aller aufzubewehenden Mühe sehr häufig das Verfahren eingestellt, weil die gerichtlichen Bestimmungen nicht ausstreichend und dehnbar sind, um diesen Schwindlingen das Handwerk legen zu können. Da die Handelskammer sich gegen den Erlass von Vorurteilen ausgesprochen hat, ist die Bevölkerung auf sich allein angewiesen, und kann jedem Kreditwähler nur auf das allerdringlichste geraten werden, Vorschüsse irgend welcher Art, mögen sie heißen wie sie wollen, vor Auszahlung des beantragten Kredits auf keinen Fall zu zahlen. Nur so ist es möglich, sich vor diesen Betrügern zu schützen. Reelle Geschäfte nehmen vor Auszahlung der beantragten Kredite keinerlei Gebühren in irgendeiner Form.

Wer die Tageszeitungen daraufhin durchsieht, wird erstaunt sein, welche große Kapitalien trotz der allzumein herrschenden Geldnot täglich angeboten werden. Die Durchsicht und Nachprüfung dieser angebotenen Geldteile kann den Finanzministern nicht dehnend genug ans Herz gelegt werden, da hierbei für den Staat sehr viel zu verdienen ist. Die Gebühren werden unter den unglaublichsten Bezeichnungen von den Kreditwählenden abgefordert, so z. B. als Eintragungs-, Bearbeitungs-, Bescheinigungs-, Bestellungs-, Taxstempel-, Notariatsvermerkungsgebühren und wie die Bezeichnungen noch alle heißen mögen. Daß diese Gebühren reißlos in die Taschen dieser Leute fließen ist den Finanzministern bekannt. Jeder Scheuen sich auch einzelne sogenannte „Bündelgebühren“ nicht 1000 M. und mehr angedeutete Tagesgebühren zu zahlen, mit dem Vermittler zu teilen, bevor überhaupt an eine Bescheinigung oder Prüfung der Anträge gedacht wird und obwohl der Lagator nur 50 oder 150 M. Tageskosten erhält.

Inseratensänger.

Auch eine andere Art des Stimpffanges ist zurzeit sehr beliebt und wird viel benutzt. Den Kreditwählenden werden auf Inserat Anschlägen von angeblichen Gabeln gegen Nachnahme von 15 bis 50 M. und mehr zugeandt. Wenden sich die Kreditwähler hoffnungslos an die angegebenen Adressen, so müssen sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sie es nicht sind, denn die befragten Adressaten wissen von nichts. Die Anschläge sind von den Betrügern einfach aus — dem Reichsdruckhaus herausgeschrieben worden. Eine andere Art dieser schlowen Leute gibt ein kleines Blättchen im Selbstverlag heraus, das einem kleinen Kreis von Interessenten, meist Vermittlern, zugewandt wird, um den Anschein zu erwecken, als handele es sich tatsächlich um reelle Unternehmungen. In Prozeß dieser Inserate sind aus anderen Zeitungen herausgeschritten und dienen lediglich zur Füllung der Zeitung. Diese Inserate werden ohne Wissen der Auftraggeber verwendet. Neben sich dann auf diese meist unter

Chiffre oder Decknamen aufgegebenen Geldangebote Kreditwähler, so werden sie an bestimmten Tagen in ein Hotel bestellt und hier unterschreiben, die sie meist nicht durchlesen. In diesen Scheinen unterschreiben die sie sich meist nicht durchlesen. In diesen Scheinen verpflichten sie sich die Kosten für eine Anzahl Inserate zu zahlen, die oft bis über 500 M. betragen. Auf diese Inserate kommt es dieser Art von Darlehnschwindlern aber an. Ihnen ist gleichgültig, ob sich auf die Inserate jemand meldet oder nicht. Ihr Verdienst besteht ja im Inseratenfang. Doch die Kreditwähler billiger



Erst Vorschuß, dann vielleicht

und schneller zum Ziele gelangen, wenn sie eigene Inserate in einer größeren Tageszeitung aufgeben, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Zu verstehen ist, wenn die Kreditwähler ihr Geld an solche Personen einsenden, die eine bestimmte Anschrift angegeben haben, unter der sie also zu finden sind. Daß es aber eine große Anzahl Leichtgläubiger gibt, die ihr Geld auch noch unter Chiffre einsenden, wird niemand glauben wollen, und doch ist die Zahl der so Handelnden sehr groß. Eine Ermittlung dieser Leute ist natürlich nicht möglich, da sie ständig ihre Zeichen wechseln und nie aufzufinden sind. Solchen Leuten ist natürlich nicht zu helfen. Wer sich also vor Schaden bewahren will, zahle keinen Pfennig Vorschuß oder andere Gebühren bei Kreditanträgen, bevor nicht das Kapital zur Auszahlung gelangt.

Wieder der Selbstmord eines Jugendlichen.

Wieder meldet der Polizeibericht den erschütternden Selbstmord eines zwölfjährigen Jungen. Wieder soll das Motiv Furcht vor Strafe sein und die Eltern werden wieder am meisten getraut sein, die Furcht vor Strafe als bestes Erziehungsmittel in Rechnung zu stellen. Es handelt sich in diesem Falle um den 11-jährigen Sohn Egon des Kaufmanns Sch. aus der Ruhener Straße. Sch. schickte seinen Sohn nach seinem Laubengrundstück in der Kolonie Wendenrieden in Pankow, von wo er eines seiner Schulhefte holen sollte. Der Junge kehrte nicht mehr zurück. Er hing sich wohl aus Furcht, wegen einer schlechten Arbeit bestraft zu werden, in der Laube auf. Der Fall beweist von neuem, wie reformbedürftig das Erziehungssystem der meisten Eltern ist.

Kraft der Argumente, sondern durch seine alles bezwingende Leidenschaft, wie sie in dieser ganzen Frühlingnacht in der ganzen Natur um ihn pulsierte, in allen Büschen und Gräben und Wäldern, wo nur Lebendiges sich regte, wie es gewesen war seit Urbeginn des Leben, denn dieser Trieb war das Leben selbst.

Als Bertram nach einer Stunde durch die Rosengärten zum Hause zurückging, hörte er durch die Stille Joyces Stimme. Sie sprach gedämpft, und er sah sie, in ihren schwarzen Mantel gehüllt, auf den Stufen der Freitreppe sitzen. Eine Stufe tiefer sah ein Mann, dessen Kragen blendend weiß im Mondlicht schimmerte. Schon an der nachlässigen Stellung erkannte Bertram die lange, elegante Gestalt Kenneth Murles. Obgleich sie nicht laut sprachen, tönten ihre Stimmen deutlich zu Bertram hinüber.

„Es bricht mir das Herz, Holme Ottery verlassen zu müssen,“ sagte Joyce.

„Ja, es ist schrecklich traurig,“ antwortete Kenneth. „Für unsere kleine Welt überhaupt ein tragisches Los. Wir gehören der Vergangenheit an, Joyce, furchtbarer Gedanke.“

„Wir brauchen uns aber nicht ohne Kampf zu ergeben,“ sagte Joyce heftig.

Kenneth ließ sein leises, melodisches Lachen hören. „Gott ist auf der Seite der größten Detaillone, meine Liebe. Der Rob rückt an. Wir haben keine Aussichten mehr.“

„Zur Hölle mit dem Rob!“ sagte Joyce leidenschaftlich. „Wieder lachte Kenneth sein hübsches Lachen. „Lassen Sie das nicht Ihren Gatten hören!“

Einen Augenblick schweig Joyce, dann sagte sie hart: „Bertram ist ein Verräter an unserer Sache.“

„Still!“ warnte Kenneth, denn in diesem Augenblick trat Bertram aus der dunklen Pergola hervor und stand ganz dicht vor ihnen auf den Stufen.

„Joyce,“ sagte er ruhig, „wir beide haben zusammen zu reden, wenn Kenneth es gestattet.“

Kenneth erhob sich nervös lächelnd. „Ich gehe schlafen, Bertram. Gute Nacht, ihr beide!“

„Und damit eilte er mit langen Schritten dem Hause zu. „Ich möchte auch zu Bett gehen,“ sagte Joyce. „Zu einer Unterredung ist es zu spät. Und du hast doch gehört, was ich sagte, vermute ich.“

„Das Wort „Verräter“?“

„Ja.“

Wissens die Sterne?

Auf der Elektrischen ein fünfzehnjähriger neben seinem Stoffballen. Die Geschäftsjoppe ist zu groß. Die Mühe mit der schwarzweißen Kotarde (soll künden: Staatsangehörigkeit des Unternehmens stramm altpreußisch noch immer) wohl auch. Sein blasses schmales Gesicht hat überwachte Augen. Immer wieder fällt der hübsche Kinderkopf nach hinten, halb einwirkend. Neben mir erkundigt sich eine Frau nach der nächsten Haltestelle. „Wo, steigt aus. Ich rufe: „Komm, Junge, setz dich!“ Erst mißtrauisch, dann dankt er mit liebem Kinderlächeln. So aus dem Holz gefähigt, wie sie früher die Prinzen vor der Kamera frisiert. Fehlt nur noch Spitzentragen, Samtanzug, Bod und gutes Frühstück, na usw. Zu vielen seinen, stillen Verufen das Zeug in sich, nur nicht zum Lauffungen. Dafür war er nicht unter den Sternen erschaffen worden. Seine Geschichte muß bald erzählt. Er der älteste von dreien, die Mutter Witwe. Da war er bis in die Nacht hinein helfen Wollpüppchen für Kammerfrauen wickeln. Kaum fünf Minuten, die Fußspitze in den Stoffballen vorfichtshänder eingezwängt. schäft er fest die halbe Stunde fahrt.

Kurz vor Mittag kreuzte ich die Neue Friedrichstraße. Da steht er wieder vor mir, seiner Bürde entledigt, schneefüchig zuhörend dem Mann, der die Beute fragt: „Und wann sind sie geboren, mein Herr? Bitte, hier! Für 50 Pf. jeder Herr seines Schicksals, da er nun seine Sterne kennt!“ Er überzählt seine Groschen . . . „Junge, willst du wohl —!“ Er schreit zusammen mit jenem nervösen Schreden, den feinere Kindernaturen an sich haben, die zu oft und unnötig geschlagen werden.

„Glauben Sie an so was nicht?“

Was hülfte ihm jetzt ein glattes Nein? Denn seine Augen sind die des Träumers . . .

„Der sagt nämlich,“ er macht eine Kopfbewegung zum Bahnhofsastrologen, „ich sei ein Löwenkind. Das sei was besonderes. Soll denn nu so janzicht ar so was sein?“

„Das weiß niemand, ob neben Sonne und Mond noch andere Strahlen von Himmelssternen auf uns Einfluß haben. Das papierene Blatt verschafft dem Mann bei Wisinger ein paar Würstchen, die dir nötiger tun.“

„Na schön, also nicht, Wahlzeit!“

„Ja, Junge, was hülfte es dir wohl, wenn an deinem Geburtsstern die Sterne dir günstig gestanden hätten? Die Sterne machen gelt, aber sie zwingen nicht. Zwingen dir nicht den Roloß Kapitalismus, der dein Schicksal ist. Wroler. Es sei denn, du lernest auch den anderen Spruch: aber der Weise regiert die Sterne. Das soll aber nur Marke Schieber, Spetulanten und sonstigen Tölpel-dieben gelingen.“

Zur Verhaftung des Freiherrn v. Lüchow.

Ein wichtiger Belastungszeuge.

Zu der Tatsache, daß der in der letzten Zeit vielgenannte Leiter eines Erziehungsheimes in Jossen, Dr. Freiherr v. Lüchow, auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Landgericht II verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Roabit eingeliefert ist, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Schon vor vier Monaten, als in der Öffentlichkeit die ersten Vorwürfe gegen Lüchow erhoben wurden, meldeten sich bei den Ermittlungsbehörden auch Zeugen, insbesondere ehemalige Schüler der Lüchow'schen Anstalt, die über angeblich ähnliche Vorgänge, wie sie sich in Jossen abgepielt haben sollen, auch aus Sudow berichteten, wo Lüchow vor ungefähr 1 1/2 Jahren ebenfalls eine Anstalt geleitet hatte. Diesen Vorwürfen, die in der Hauptsache wiederum auf Mißhandlungen mit angeblich sexuellem Hintergrund und hinauslaufen, ist nun nachgegangen worden, und es scheint, als ob sich gerade in diesem Falle das Belastungsmaterial gegen Lüchow so verstärkt hat, daß seine Verhaftung als notwendig erschien. Einem Antrag seiner Verteidiger auf Haftentlassung hat das Gericht nicht entsprochen. Bisher waren die Beschuldigungen gegen v. Lüchow nur von Schülern der Jossener Anstalt erhoben worden, die sämtlich noch nicht das eidesfähige Alter erreicht hatten. Vor einigen Tagen erfolgte jedoch in Hamburg die Vernehmung eines älteren Zeugen, der früher Direktor der Bukower Erziehungsanstalt gewesen war, die Dr. v. Lüchow vorher geleitet hat. Dieser Zeuge machte schwer belastende Aussagen unter Eid, die den Anlaß zu der erneuten Verhaftung gaben. Bei seiner Vernehmung wurde dem Untersuchungsrichter bestritt der An-

Sie zog ihren Mantel dichter um die Schultern und wandte sich dem Hause zu, aber Bertram ergriff sie beim Handgelenk. „Nein, wir müssen uns aussprechen, Joyce. Soll es hier im Garten sein oder im Zimmer?“

Sie versuchte, ihr Handgelenk zu befreien, aber er hielt fest.

„Drinnen,“ sagte sie.

„Gut.“

Er hielt die Tür zum kleinen Seitenflügel für sie offen, und da der Durchgang für zwei zu eng war, ließ er ihre Hand los, als sie eintrat. Sie entschlopfte ihm und ließ blüh schnell die kleine Nebentreppe hinauf, die zu ihrem Zimmer führte. Fast war es ihr gelungen, ihm die Tür vor der Nase zuzuschlagen, aber er ergriff noch rechtzeitig die Türklinke.

„Nicht schnell genug.“

„Nein.“

Fast atmelos standen sie beide in ihrem Zimmer. Joyce lachte ärgerlich wie ein Kind, dem man seinen Willen nicht getan hat.

„Es ist das erstemal, daß ich in diesem Zimmer bin,“ sagte Bertram, sich in dem zierlichen kleinen Raum umsehend. Es war Joyces Mädchenzimmer gewesen und barg noch alle ihre Schätze aus der Backszeit. „Hoffentlich bleibst du nicht lange hier,“ sagte Joyce. Sie ließ den Mantel zu Boden fallen und setzte sich in den alten Korblehnsessel neben das Kaminfeuer, das fast heruntergebrannt war. Sie sah noch immer aus wie ein trotziges Kind — wie ein Königspage mit ihrem lockigen, kurzen Haar.

„Joyce,“ sagte Bertram, „hast du vergessen, daß wir Mann und Frau sind?“

„Um mir das mitzuteilen, hast du den ganzen Abend gewartet?“ Sie reizte ihn unerträglich mit ihrem Spott. „Bei Gott, ja! Und ich will eine Antwort!“ Ihre Antwort war die allerschlimmste: „Ich wollte, ich könnte diese höchst bedauerliche Tatsache vergessen.“ Vielleicht ließ sie sich nur von ihrer Heftigkeit hinreißen, als sie ihm diese brutale Antwort zuschleuderte. Er wollte wie unter einem körperlichen Schläge.

„Ist das dein Ernst?“ fragte er sie, wild anstarrend.

„Ist es denn nicht wahr? Für dich sowohl wie für mich? Du magst meine Ideen, meinen Charakter, meine ganze Lebensanschauung nicht. Das ist ein Unglück für dich. Ich aber hasse die Deinigen. Das ist ein Unglück für mich. Das ist unglücklich für uns beide.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Während Bellasis die Zahlen aufschrieb, ging Bertram zum Spieltisch und lehnte sich über Joyce, die Hand auf ihre Schulter legend. Sie zuckte unwillig unter seiner Berührung, aber er ließ seine Hand liegen und sagte: „Ich möchte nachher mit dir sprechen, Joyce. Nach dem Spiele.“

„Ist noch nicht genug gesprochen worden?“ fragte sie ungeduldig.

„Nein,“ antwortete er. „Ich habe dir Notwendiges zu sagen.“

Lady Ottery tippte seine Hand mit einer Spielschachtel. „Mein lieber Bertram, stör' doch nicht! Kannst du nichts zum Leben finden?“

„Tut mir leid,“ sagte Bertram, „aber ich erbitte mir die Günst, mit Joyce ein paar Worte zu reden.“

„Der Abend fängt ja erst an,“ meinte Lord Ottery ungeduldig. „Du störst ja das ganze Spiel.“

„Deine Antwort, Joyce,“ bestand Bertram.

Jetzt sah sie ihn an, Auge in Auge, und legte die ganze Herausforderung ihres Willens in ihren Blick. „Nur nach dem Spiele, wenn ich fertig bin. Eher nicht.“ „Gut.“

Er verließ das Zimmer und wanderte über eine Stunde im Parke umher. Der warme Aprilabend war schwer von Frühlingsdüften, und in den langen, mondüberglänzten Alleen lodte eine Nachtigall mit schmelzenden Tönen.

Als Bertram zuletzt eine Nachtigall hatte schlagen hören, war es nach einer Schlacht gewesen, in Noire Dame de Lorette. Trotz Maschinengewehr- und Trommelfeuer ging das alte einzige Spiel von Liebe und Leidenschaft weiter, im Baum der Vogel lodte die Gefährtin, und im Blut der Trümmern lebte die ungestüme Sehnsucht der Geschlechter zueinander.

Bertram fühlte auch in seinem Blute den Rausch der Leidenschaft. Joyce trogte ihm; was er wollte und erstrebte, war ihr zuwider. Sie zürnte ihm wegen seines Entschlusses. Und sie setzte ihren Willen gegen den seinen, sprach hart und gereizt mit ihm und wollte ihn in ihre Denkungsweise hinüberziehen. Aber das war ja alles Unsinn. Das Leben war größer als dies alles, und doch viel größer war die Liebe. Er würde Joyce wieder sein eigen nennen, nicht durch die

geschuldigte die Nichtigkeit der Ausföger des neuen Befestigungszeugen. Er bezeichnete diesen als einen unehrlichen Menschen und führte die ungünstigen Ausföger darauf zurück, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die jeweiligen Verurteilungen dieses jungen Menschen eingeschritten sei. In einer umfangreichen Korrespondenz, die der Zeuge mit v. Lüchow geführt hat, habe er sich geradezu entschuldigt, daß er über v. Lüchow gegenüber dritten Personen die Behauptungen aufgestellt habe, die er jetzt endlich vor dem Untersuchungsrichter erhärtet habe. Es wird eine Gegenüberstellung des Zeugen mit Dr. v. Lüchow notwendig werden. Landgerichtsrat Gsell ist beauftragt worden, die sehr schwierigen Berechnungen der ehemaligen v. Lüchowschen Zöglinge, die jetzt über ganz Deutschland verbreitet wohnen, zu leiten und auszuführen.

Lysol, Petrolcum und Salzsäure. Ein Selbstmordversuch im Gerichtssaal.

Ein aufregender Vorgang spielte sich am Dienstag am Schluß einer Verhandlung gegen ein Ehepaar Kania ab, das wegen Unterschlagung und fortgesetzten Betruges verurteilt wurde. Nach der Urteilsverkündung setzte Frau Minna Kania, die zu 3 Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt worden war, während der Ehemann, der Kellerer Viktor Kania, 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis erhielt, plötzlich ein flüssiges Lysol an die Lippen und trank es bis auf einen kleinen Rest, den ein herbeigekletterter Justizwachmeister ihr noch entziehen konnte, aus. Die Frau wurde sofort nach dem Bazarrett des Untersuchungsgefängnisses gebracht.

Dieser Selbstmordversuch geht auf einen Mordversuch zurück, der in Zusammenhang mit der abgeurteilten Straftat steht. Kania hatte im März seine Stellung verloren und befand sich in Not. Er hatte nebenbei noch eine Liebchaft mit einem Fräulein Köhler und war in Schulden geraten. Um nun wieder Geld für sein kostspieliges Verhältnis in die Hände zu bekommen, hatte er Inzerate aufgegeben, in denen er Darlehen gegen Sicherheit und unter Zusage sehr hoher Zinsen suchte. Eine ganze Reihe Leute, die glaubten, auf diese Weise mehr Geld verdienen zu können, hatten ihm Beträge von 200 bis 400 M. geliehen, wofür er ihnen versprach, in kurzer Zeit das Zweifache und Dreifache zurückzugeben. Als Sicherheit hatte er die Möbel seiner Wohnung, die er nur auf Abzahlung hatte, mit weniger als 30 Mal zu gleicher Zeit verpfändet. Als ihm der Boden unter den Füßen zu heiß war, war er geflüchtet, hatte aber vorher noch einen neuen Schuldverpflichtung in dem er seine Wohnung gegen eine Wöchentlichsumme dreimal abtrat. Der Angeklagte Kania schob die Hauptschuld auf seine Liebchaft, die er als seinen bösen Geist bezeichnete. Seine Frau habe ihm Beihilfe geleistet. Die als Zeugin geladene Liebchaft des Angeklagten, Fräulein Köhler, konnte vor Gericht nicht erscheinen, da die Ehefrau Kania am Tage vorher ein Attestat auf sie verübt hatte. Frau Kania hatte ihre Nebentätigkeit überfallen, eine volle Flasche Petrolcum auf ihrem Kopf geschlagen und dann versucht, die petrolcumgetränkten Kleider der Verletzten in Brand zu stecken. Zum Glück verjagte das erste Händholz und inzwischen waren auf das Hilfeschrei der Ueberfallenen Nachbarn herbeigeeilt, die die Rasende von ihrem Opfer wegrriffen. In der Tasche der Angeklagten wurde noch eine Flasche mit Salzsäure entdeckt, womit sie anscheinend ein neues Attestat auf ihre Rivalein, wenn sie als Zeugin erscheinen würde, geplant hatte. Der Selbstmordversuch wurde also unternommen, weil Frau Kania annahm, daß sie wegen des Attestatversuchs in das Polizeipräsidium übergeführt werden sollte.

Das Urteil gegen Miassojedow rechtssträftig.

Der wegen Raubmordes von der Strafkammer des Landgerichts III zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilte russische Kunstmalers Ivan Miassojedow hat auf die Revision des gegen ihn erkannten Urteils verzichtet, so daß die Strafe rechtssträftig geworden ist. Frau Bernici hat sich noch nicht entschieden, ob sie die Strafe ebenfalls annehmen will. Miassojedow hat sich freiwillig erboten, die Kirche des Untersuchungsgefängnisses mit Kolorialgemälden auszumalen.

Ingetreue Postbeamten.

Mehrere Fälle von Amtsunterschlagung beschäftigten das Schöffengericht Mitte. Der Oberpostschaffner Otto Finko war auf dem Postrevier 4 damit beschäftigt, die Abfertigungsscheine für Einschreibebriefe zu erledigen. Einem Untergebenen fiel es auf, daß der Angeklagte eines Tages einen Abfertigungsschein zusammenknitterte und in den Papierkorb warf. Der Unterbeamte holte den Schein wieder heraus, strich ihn glatt und legte ihn in das entsprechende Fach. Am Abend überzeugte er sich jedoch, daß der Schein verschwunden war. Die Ermittlungen ergaben, daß ein Einschreibebrief aus Ronstanz mit 540 M. Inhalt beiseite geschafft war. Finko hatte auch den Einschreibebrief gefälscht. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis.

Der zweite Anklagefall betraf den Postassistenten Borowski, der in der Poststelle des Schleißchen Bahnhofs bei der Durchgangsstelle von Auslandsendungen nach Polen beschäftigt war. Der Angeklagte hatte aus einem Beutel mehrere Einschreibebriefe an sich genommen. Durch eine anonyme Anzeige kam der Vorgang zur Kenntnis der Postbehörde und die unterschlagenen Briefe wurden schon am nächsten Morgen in der Wohnung des Angeklagten noch uneröffnet vorgefunden. Die Postbehörde folgte aus der Anzeige, daß es sich nicht um diesen vereinzelt Vorfall handeln dürfte, daß vielmehr Kollegen ihn schon längere Zeit beobachtet hätten. Ein Beweis hierfür ließ sich jedoch nicht erbringen. Rechtsanwalt Dr. Kron hatte den Geisteszustand des Angeklagten in Frage gestellt. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß bei dem Angeklagten infolge eines früheren Unfalles eine erheblich verminderte Zurechnungsfähigkeit bestesse, weshalb das Urteil nur auf sechs Monate Gefängnis lautete. Es wurde auf Antrag des Verteidigers dem Angeklagten auch eine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt.

Mafnahmen gegen mißhandelnde Postzeitbeamte.

Dem durch das Schöffengericht in Hirschenthal wegen Mißhandlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilten Postzeitwachmeister Domke ist die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagt worden. Ebenso wurde gegenüber dem Polizeioberwachmeister Wolf beföhren, der in der vorigen Woche durch die Strafkammer in der Berufungsinstanz zu 300 M. Geldstrafe wegen gleichen Vergehens verurteilt worden ist. Eine endgültige Entscheidung über die gegenüber beiden Beamten zu ergreifenden weiteren disziplinarischen Mafnahmen kann erst nach Einsichtnahme in die Gerichtsakten erfolgen.

Alter Familienschmuck.

Betrogene Frauen der Kriminalliste.

Ein Schwindler namens Siegmund Goldfaden, der sich die Kriminalliste veramter altadtiger Frauen zumut gemacht und die Geschäftsunfunden raffiniert betrogen hat, ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

Goldfaden kam vor längerer Zeit aus der Tschechoslowakei nach Berlin, akklimatisierte sich bald und wohnte seit einigen Monaten als vornehmer Herr in einem der ersten Hotels unter den Linden. Von hier aus lebte er sich mit altadtigen Frauen in Berlin und Potsdam.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Jugendsekretariat Lindenstraße 3

Erstes Konzert

am Sonntag, 30. November 1924, nachmittags 3 Uhr
in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23

Heitere Musik

Saaleinlaß 2½ Uhr — Karten à 75 Pf. im Jugendsekretariat
und an der Kasse.

die unter der Rot der Zeit zu leiden haben, in Verbindung. Sehr gewandt in keinem ganzen Auftreten, machte er den geschäftsunfunden Damen klar, daß sie doch gut daran täten, ihrer alten Familienschmuck zu benutzen, um sich über die Schwierigkeiten hinwegzusetzen, bis wieder bessere Zeiten kämen. Diesen Schmuck könne er so arbeiten lassen, daß er, ohne die Substanz anzugreifen, der Eigentümerin monatlich ein Einkommen von 600 bis 1000 M. oder auch noch mehr, je nach dem Werte des Schatzes, zu verbürgen imstande sei. Er brauche nur die Schmuckstücke bei einer Großhandlung zu hinterlegen. Darauf bekomme er sofort Geld, und das wolle er zum Ankauf von Häusern und Gütern verwenden. So komme tollföhler die verpfändete Monatsrente heraus. Die Frauen ließen sich auch verleiten und glaubten, daß ihre Schätze sicher im Safe der Bank lägen. Um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, jederzeit auch noch im Notfall Zwischengeld zu erhalten, gab ihnen der menschenfreundliche Kaufmann noch ein Wechselformular, in das er die Summe eintrug, auf die er den Schmuck schätze und das er dann mit keinem Namen unterschrieb. Als nun eine Frau von G. von diesem Papier Gebrauch machen wollte, erfuhr sie auf der Bank, daß es ganz wertlos war. Nun verlangte sie von Goldfaden ihren Schmuck, der nach dem Uebereinkommen am 20. d. M. wieder ausgeschändigt werden sollte, zurück. Goldfaden aber beföh ihn nicht mehr und hatte ihn auch nie auf der Bank gehabt. Auf eine Anzeige der Betroffenen ging die Kriminalpolizei den Geschäften des Tschechen nach und entdeckte, daß Frau von G. nicht sein einziges Opfer geworden ist, sie nahm den Betrüger fest und brachte ihn nach dem Polizeipräsidium. Die Etuis, die die Beamtinnen in seiner Hotelwohnung fanden, waren alle leer. An Schmuckstücken fand man bei ihm nur einige wertvolle und zum Teil mit Kronen versehene Zigarettenetuis, die der Schwindler für sich selbst behalten und in Gebrauch genommen hatte. Alles andere hat er ins Ausland verkauft.

Helft dem Briefträger!

Man schreibt uns:
Es klingelt. Ich öffne die Tür meiner im steilen Stadt gelegenen Wohnung. Es ist der Briefträger. Schwer atmend steht der hagere Mensch da und hält mir einen Brief entgegen. Ein für mich ganz interessieloses Reklamefchreiben oder sonst eine Offerte, die ich meist ungeteilt beiseite lege. Mein Blick fällt auf den Briefträger, der sich mit müder Bewegung wieder zum Gehen wendet.
„Na,“ meine ich, „deswegen hätten Sie doch nicht erst die vier Treppen rauflaufen müssen.“

„Es ist meine Pflicht,“ entgegnete er resigniert, „und ich muß soviel Treppen steigen, da kommt es nicht auf einmal mehr an.“
In der Reichstadt Berlin, wo so zahlreiche soziale Einrichtungen, Hilfsvereine, sanitäre Vereinigungen und Organisationen bestehen, um so viel wie möglich unseren Arbeitsgenossen die Bürde des Seins zu erleichtern, den Gefahren zu fernern, die Berufe und Lebensweise für den menschlichen Körper mit sich bringen, denkt keiner daran, welche furchtbare Fronarbeit der Briefträger verrichten muß, und wie leicht doch Mittel und Wege zu finden wären, um diesen gänzlich sinnlosen und unnötigen Strapazen so vieler Menschen ein Ende zu bereiten. In einer norddeutschen Großstadt, ich glaube es ist Kopenhagen, hat man diesem Uebel, das einen ganzen Stand trifft, auf eine sehr einfache Art abgeholfen, indem jede Mietspariel ihren wohlverschließbaren Briefkasten im Erdgeschoss des Hauses angebracht hat. Ist es doch viel leichter für jeden einzelnen, seine Post im Vorübergehen selbst zu holen, als einen einzelnen für hunderte treppauf — treppab laufen zu lassen. Nicht nur dem

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 27. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Pankapelle). 6.20 Uhr abends: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Hausfrau. 7 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. jur. Hans Schneidcker, Leiter des Erkennungsakademie des Berliner Polizeipräsidiums: „Die Bedeutung des Erkennungsakademie für die Strafrechtspflege und die öffentliche Sicherheit“. 8.30 Uhr abends: Konzert des Bläserquintettes der Berliner Staatsoper, bestehend aus den Kammermusikern: Prof. Emil Prill, Flöte; Prof. Fritz Flemming, Oboe; Leonard Kohl, Klarinette; Louis Scheiwel, Fagott; Prof. Paul Rombs, Horn, unter Mitwirkung von Eva Goldbaeh, Sopran, von der Berliner Staatsoper und Kapellmeister Otto Usack. Klavier: 1. Quintett für Oboe, Klarinette, Fagott, Horn und Klavier in Es-Dur, W. A. Mozart. Largo; Allegro moderato — Larghetto — Rondo (Allegretto). 2. Kantate (Nr. 31) für Sopran mit obligater Oboe, J. S. Bach. 3. Quintett für Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott und Horn, Fr. Danzi (1763—1826) Allegro moderato — Andante — Allegro. 4. Deutsche Lieder für Sopran mit obligater Klarinette, Louis Spohr, a) Zwiesgespräch (R. Reinick), b) Wiegenlied (Hoffmann v. Fallersleben), c) Wach auf (Dichter unbekannt). 5. Quintett für Oboe, Klarinette, Fagott, Horn und Klavier in Es-Dur, op. 16, L. v. Beethoven, Grave; Allegro ma non troppo — Andante cantabile — Rondo Allegro. Am Schwochten-Flügel: Kapellmeister Otto Usack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Briefträger wäre mit dieser Einrichtung gedient, es würde wohl auch eine ungeheure Zeit- und Arbeitersparnis im Interesse der Postverwaltung erreicht werden, ferner eine Ersparnis an Krankengebühren für Briefträger, deren Gesundheitszustand vom übermäßigen Treppenaufsteigen sicher nicht gebessert wird.

Wie gegen jede Neuerung, so dürfen auch gegen diese die Engstbrüstigen und Kleinsüchtigen mit ihren Bedenken kommen. Aber wo es sich um das körperliche Wohl einer Gemeinschaft handelt, müssen alle egoistischen Bedenken schweigen.

Die Charlottenburger Opernhauskrise.

Debatte in der Bezirksversammlung über die Hafentanzstrolche.

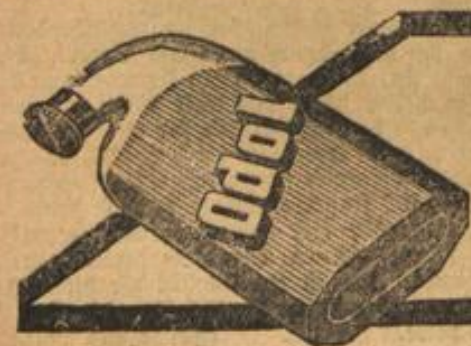
Die Opernhauskrise beschäftigte gestern die Charlottenburger Bezirksversammlung. Zwischen dem Magistrat und dem Bezirksamt Charlottenburg sind Kompetenzstreitigkeiten entstanden. Das Charlottenburger Bezirksamt hat dem Deutschen Opernhaus ein Darlehen von 50 000 M. gegeben, um die am 31. Oktober fälligen Gehälter und Röhne zahlen zu können. Der Berliner Magistrat sah darin eine Uebertretung der Befugnisse des Bezirksamtes und eine Verletzung des Staatsrechtes und war besonders deshalb ungehalten, weil das Bezirksamt nicht rechtzeitig vorher die Absicht, ein Darlehen zu geben, dem Magistrat mitgeteilt hätte. In einer Verfügung teilte der Magistrat mit, daß er beschließen habe, die Verwaltung der Angelegenheiten des Deutschen Opernhauses mit sofortiger Wirkung selbst zu übernehmen. Die Sprecher aller Fraktionen brachten zum Ausdruck, daß es besser gewesen wäre, wenn das Bezirksamt vorher die Zustimmung des Magistrats eingeholt hätte. Sie setzen aber in den Magistrat das Vertrauen, daß er nach Würdigung der Motive, die das Bezirksamt bei Herabgabe des Darlehens leitete, die getroffene Verfügung aufheben wird. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Das Deutsche Opernhaus ist auf Charlottenburger Gebiet als ein der gesamten Groß-Berliner Bevölkerung dienendes Kunstinstitut von den städtischen Körperschaften der früheren Stadt Charlottenburg geschaffen und in jahrelanger Arbeit gepflegt und erhalten worden. Nachdem die Stadtgemeinde Berlin gebildet ist, erscheint es als eine der vornehmsten Aufgaben der Stadtgemeinde, dieses Kunstinstitut seiner Bevölkerung zu erhalten. Hierzu müssen Magistrat und Bezirksamt zusammenwirken. Die Bezirksversammlung hat das Vertrauen zum Magistrat, daß er den historischen Zusammenhängen und den Gründen der Zweckmäßigkeit Rechnung tragen, dem Bezirksamt die Verwaltung des Deutschen Opernhauses belassen wird. Es steht es andererseits als selbstverständlich an, daß das Bezirksamt wichtige Mafnahmen hinsichtlich des Opernhauses, insbesondere solche organisatorischer und finanzieller Art, nicht ohne Einverständnis des Magistrats treffen wird.“

Sodann entstand eine heftige Debatte über eine von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte bringende Anfrage, diese lautet: „Zeitungsberichte zufolge sind am Sonntag Reichsbannerleute von rechtsradikalen Jünglingen überfallen worden, wobei es schwere Verwundungen gegeben hat. Es haben sich nach Mitteilungen in der Presse dabei Schüler Charlottenburger höherer Lehranstalten beteiligt. Genannt ist ein gewisser Leising aus der Suarezstraße. Was denkt das Bezirksamt zu tun, um solchen Ausreitungen ein Ende zu machen, bei denen sich immer wieder Schüler höherer Lehranstalten in trauriger Weise betreten?“ Genosse Kawerau begründete die Anfrage unter Hinweis darauf, daß sich Zöglinge der Charlottenburger höheren Lehranstalten schon öfter in ganz unzulässiger Weise bemerkbar gemacht hätten durch Teilnahme an wässrigen Kundgebungen, wie Stahlhelm, Werwolf, Frontkämpfer u. a. Es ist bezeichnend für die Gemütsverfassung der jungen Leute, wenn festgestellt werden konnte, daß sie zum Besuch einer ersten Leibesfeier, welche in der Gedächtnisstraße stattfand, Gummiknäuel, Schlagringe und andere Waffen mitnahmen. Es ist eine erbärmliche Feigheit, wenn diese, meistens von solchen Erziehern irreführenden Jünglingen, eben aus der Kirche kommend, in einer Stärke von 200 bis 250 Mann fünfzehn ruhig ihres Weges dahergehende Reichsbannerleute brutal überfallen. Der Vertreter des Bezirksamtes, Herr Vogt, war der Meinung, der ganze Vorgang ginge die Charlottenburger nichts an, die polizeiliche Untersuchung habe ergeben, daß es sich nicht um einen Leising, sondern Schließling handele und daß die Beteiligten nicht in Charlottenburg wohnen, sondern Söhne von Schöneberger Bürgern sind. Die Fraktion der Mitte verurteilte die Vorgänge ebenfalls sehr scharf, während sich einige bekannte Deutchen des bürgerlichen Parteikommunismus darauf beschränkten, läppische Zwischenrufe zu machen.

Richtiges Gewicht!

Eine Hausfrau schreibt uns:
Da wir uns bei unserem kleinen Einkommen keine größeren Vorräte leisten können, sind wir gezwungen, unseren Bedarf an Lebensmitteln täglich oder höchstens zu bedenken. Im Besitz einer guten Tafelwaage, stelle ich fest, daß nur selten das Gewicht der eingekauften Ware stimmt. Nicht allein das verlangte Gewicht an Ware erhält man nicht, sondern auch das Gewicht des Einkaufspapiers oder der Dose ist darin eingegriffen. Wer kann, obwohl die Waage laut Vorchrift fast überall frei steht, bei der Täuschlichkeit gewisser Verkäufer in der Kunst des Abwiegens soviel sehen um den Irrtum sofort richtigzustellen? Man muß nur staunen, daß diese Verkäufer sich nie zu ihrem Schaden irren. Ein Butter- oder Margarinepapier wiegt 10 Gramm, eine 2-Pfd.-Dose 10 bis 15 Gramm usw. Je kleiner die Ware, je größer der Preis des Papiers oder der Dose für den Käufer. Bei dem Stand des Butterpreises beträgt er bei ½ Pfund jezt 5 Pf. In unserer Gegend im Norden möchte ich fast überall die gleichen Erfahrungen. Deshalb wachte ich mich, Auskunft erbitend, an die Wucherpolizei in der Markthalle. Der Beamte gab mir bereitwillig und freundlich Bescheid. Wenn in der Markthalle so etwas passiert, werden Stichproben gemacht und bei Wiederholungen erhält der Händler eine Verwarnung. Außerhalb der Markthalle soll man, wenn man einen Zeugen hat, das zuständige Polizeirevier aufsuchen. Es ist ganz klar, fähre er aus, daß man das verlangte Gewicht an Ware zu bekommen hat. Das Gewicht des Einkaufspapiers ist unabhängig davon. Die meisten Hausfrauen wissen das alles, aber sie wagen kaum einen Ton zu sagen, weil sie sich oft genieren, wegen „so einer Kleinigkeit“ sich zu beschweren. Nur ein gemeinsamer Kampf gegen diese Unfälle kann Abhilfe schaffen.

Chinesen als Spiellehrer. Nun hat auch H. Wertheim eine Mah-Nongka-Abteilung im Hause Leipziger Platz eingerichtet. Mah-Nongka, ein chinesisches Spiel, ist tausend Jahre alt, und es zu lernen, ist, wie alles Tausendjährige, ziemlich schwierig. Jeden nachmittags von 1/2 5—1/2 7 Uhr wird im Orientaal Unterricht erteilt. Richtige Chinesen sitzen am Spieltisch und geben sich redliche Mühe, ihre Schüler in die Geheimnisse,



Odol besitzt die Eigenschaft, daß es in alle der Zahnbürste unzugänglichen Ecken und Falten eindringt und noch lange nach dem Gebrauch den Gärungs- und Fäulnisprozessen im Munde entgegenwirkt. In dieser nachhaltigen Wirkung wird Odol von keiner Zahnpaste und von keinem Zahnpulver erreicht. Odol ist sehr stark konzentriert und darum so sparsam.



Parteimitglieder! Kommt alle Sonntag, 30. Nov., vormittags 9 Uhr, an die bekannten Stellen zur Flugblattverbreitung

die wirklich welche sind, einzuweisen. Als nämlich der erste „Unterstützung“ vor sich ging, folgten wohl alle dem Vortragenden, der die Grundbegriffe dieses Spiels erläuterte, aber nur die wenigsten gingen „gelächert“ Geistes nach Hause.

Schwerer Vergehen an einem 12jährigen Mädchen hat sich ein Fabrikant am Weidenweg schuldig gemacht. Die Mutter des Kindes nahm wahr, daß das Kind oft in den Laden des Fabrikanten ging und dort länger blieb. Eines Tages ging sie der Kleine nach, fand aber die Tür verschlossen und die Vorhänge fast ganz herabgelassen. Nachdem sie vergeblich geklopft hatte, sah sie unter dem Vorhang durch das Schaufenster hindurch, daß ihr Töchterchen im Baden war und von dem Inhaber hinten hinausgeschoben wurde. Erst jetzt öffnete der Fabrikant, als wenn nichts geschehen wäre. Er mußte aber gestehen, daß er schon seit drei Viertel Jahren wöchentlich einmal die Kleine in seinem Laden geholt und sich an ihr vergangen hatte. Der Leibelthäter wurde verhaftet, nach Klarstellung der Vorgänge aber einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt, weil die Verdunkelungsgefahr beseitigt ist und Fischverderb nicht vorliegt.

Das Nachspiel zum Fächlerwader Klänentag. Zu diesen Ausführenden in Nr. 548 büdet ein Genosse Friedrich Schulz, See-straße 109, mitzuessen, daß er mit dem darin genannten Belastungszeugen Friedrich Schulz nicht identisch ist.

Erleichterung im Auslands-Reiseverkehr. Durch die Einschränkung der Reiseangelegenheiten ist entgegen anders lautenden Mitteilungen in der Presse, für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Ausland im Reiseverkehr eine Erleichterung nur insofern eingetreten, als der hierfür freigegebene Betrag von 500 Goldmark wieder in voller Höhe in inländischen Zahlungsmitteln — angenommenen Reisegehalt — mitgenommen werden kann, für höhere Beträge bedarf es nach geltendem Recht noch der Genehmigung des zuständigen Finanzamts.

Die gemeinnützige Gesellschaft „Westende“ — Bäderklub S. m. b. H. berief Ende November ihre Saisonal-Sitzung von Wandeburger Str. 7 nach Potsdamer Str. 104, Einmang Kurfürstentrasse. Das Kulturlokal und die Saisonal-Sitzung bleiben in der Wandeburger Straße, während die Saisonal-Sitzung und Spielplatzausstellung sich nur in den neuen Räumen befinden wird.

Das erste Nationalkonzert der Stadt Berlin veranstaltet die städtische Kunstdeputation am 28. November, abends 8 Uhr, im Festsaal des Rathauses, Königsplatz. Es ist ein Orchesterkonzert des Berliner Philharmonischen Orchesters (Dirigent: Prof. Richard Vogel) mit Berlin Berliner Konzerte. Der Ueberblick wird der städtischen Kunstdeputation zur Förderung der Kunst in Berlin zugewiesen. Das zweite Konzert findet als Kammermusikabend am 21. Januar 1925 ebenfalls im Festsaal des Rathauses statt.

Beiratsbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 30. November, nachmittags pünktlich 3 Uhr, im Theater des Westens „Kaiser“. Preis pro Karte 50 Pf. — Freitag, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier): Politische Preisfeste. Zur Durchführung kommt „Großstadtfrühling“. Ehemalig mit Musik, Gesang und Tanz, unter Mitwirkung der Tanzgruppe Leipzig vom Stadttheater. Eintrittspreis 1 Mk. — Am 7., 21. und 28. Dezember, nach m. 3 Uhr, im Theater des Westens „Romeo und Julia“. Preis pro Karte 50 Pf. — Am 29. November, 8. und 6. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, im Theater des Westens: Märchenvorstellung „Lotte im Weihnachtslande“. Märchenpiel mit Musik, Gesang und Tanz. Karten zum ermäßigten Preis von 50, 40, 30 Pf. — Donnerstag, den 26. Dezember (1. Weihnachtsfeier). Im Deutschen Opernhaus, nachm. 7½ Uhr: „Die roten Augen“. Preis pro Karte 1,50 Mk.

Das englische Stahlrüstschiff R. 101. Der größte Lenkballon der Welt.

Das englische Luftfahrtministerium veröffentlicht mehrere Angaben über das neue britische Luftschiff R. 101, das in Cardington gebaut werden soll. Es wird mehr als dreimal so groß sein als das größte bisher gebaute Luftschiff. Es wird das erste aus Stahl gebaute Luftschiff sein; auch die Propeller werden aus Stahl sein. Es wird 7 Motoren von je 600 PS besitzen. Es soll über 100 Passagiere mit sich führen. Die Länge beträgt 219½ Meter, die größte Höhe ca. 42 Meter und der größte Durchmesser 39½ Meter. Es wird gehofft, daß das Luftschiff die ersten Uebungsflüge Ende 1926 und die erste Fahrt nach Indien Anfang 1927 ausführen kann. Man schätzt, daß die Fahrt nach New York in 2½, nach Kapstadt in 7, nach Indien in 5 bis 6 und nach Australien in 10 Tagen ausgeführt werden kann. Es ist noch nicht beschlossen worden, ob R. 101 für militärische oder für kommerzielle Zwecke verwendet werden soll. Nach den ersten Versuchen sollen weitere Luftschiffe dieser Art zum regelmäßigen Verkehr mit Indien über Ägypten gebaut werden. Bei Kairo wird ein Lufthafen gebaut. In Indien sind ebenfalls die Vorarbeiten für eine große Luftschiffbasis im Gange. England will eine große Luftflottenflotte zum Verkehr zwischen den einzelnen Teilen des Reiches schaffen. Der Dienst soll 1927 beginnen.

Die mitteleuropäische Zeit im neubefreiten Gebiet. Mit dem Fahrplanwechsel wird am 1. Dezember in dem neubefreiten Gebiet für die Reichsbahn wieder die mitteleuropäische Zeit eingeführt. Es werden von dieser Regelung die Reichsbahndirektionen Essen und Elberfeld betroffen. Ob es auch möglich sein wird, bei den Befreiungsbehörden die Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit auch im abgesetzten Gebiet für den Fahrplan durchzuführen, hängt von dem Ausgang der Verhandlungen ab.

Nach einer schweren Minenexplosion. Beim Mann der Besatzung eines französischen Fischdampfers sind, wie aus Dänkirchen gemeldet wird, durch die Explosion einer Mine getötet worden, die in den Gewässern bei Dänkirchen trieb. Die Explosion erfolgte bei dem Versuch, die Mine an Bord des Dampfers zu schaffen.

Für den Weihnachtstisch beste Fabrikate, größte Auswahl.

- Herren-Anzugstoffe reine Wolle Meter 10,-, 8,-, 6,-
- Uster-Paletstoffe prima Qualitäten Meter 20,-, 15,-, 10,-
- Velours de laine für Kostüme und Mäntel Meter 12,-, 10,-, 8,-
- Gabardine, Rips 130 cm breit Meter 10,-, 8,-, 6,-

Koch & Seeland
Gertraudenstraße 20/21 gegenüber der Petritische.

Erkrankungen nach dem Genuß von Pferdefleisch. In Solingen, Graefrath, Wald und Hückel sind infolge Genußes von Pferdefleisch 85 Personen erkrankt. Lebensgefahr besteht in keinem Falle.

Oeffentl. Wählerversammlungen heute, Donnerstag, 27. November, abends 7½ Uhr:

- Schmargendorf: Goethe-Anzeig, Spandauer Straße.
 - Dahlem: Schilling, Königin-Luise-Str. 42.
 - Schöneberg: Hohenzollernschule, Belgiger Straße (Ede Eisenacher Straße).
 - Steglitz: Gymnasium Heefestr. 2.
 - Tempelhof: Wanzl, Oberlandstr. 1.
 - Budow: Turnhalle Gemeindeschule, Dorfstraße.
 - Mahlsdorf-Süd: Heidehof, Köpenicker Allee.
- Tagesordnung: Der 7. Dezember — ein Schicksalstag für Deutschlands Arbeiterschaft!
Redner: Aufhäuser, Farrer Franke, A. Flatau, Heinig, Landa, Dr. Löwenstein, Scheidemann-Kassel.

Freitag, 28. November, abends 7½ Uhr:

- Wedding: Pharusäle, Müllerstr. 142. — (14. Abt.): Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
 - Prenzlauer Berg (29. Abt.): Schulaula Senefelderstr. 6.
 - Kreuzberg (48. Abt.): Gießerei, Wassertorstr. 68.
 - Spandau: Germaniastraße, Strejowplatz.
 - Wilmersdorf: Viktoriagarten, Wilhelmsau 114.
 - Tempelhof: Wilhelmshof, Berliner Str. 49.
 - Lichtenrade: Stiel, am Dorfsteig.
 - Köpenick: Aula Körner-Schule, Lindenstr. 11.
 - Buchholz: Kossack, Hauptstr. 71.
 - Mahlsdorf: Risselet, Hönower Str. 49.
- Redner: Aufhäuser, Bartels, Hänisch, Ad. Hoffmann, Heinig, Künstler, Klodt, Leib, Lüdemann, Stampfer, Niesch.

Oeffentl. Frauenkundgebungen Freitag, den 28. November, abends 7½ Uhr:

- Prenzlauer Berg: Ledigenheim, Pappelallee 15.
 - 7. Kreis Charlottenburg: im „Türkischen Zelt“, Berliner Straße 53. — Referentin: Frau Adele Schreiber-Krieger.
 - Lichterfelde: Realgymnasium Draefstr. 82/83.
- Rednerinnen: Minna Lodenhagen, Hedwig Wachenheim.

Beamten-Versammlungen heute, Donnerstag, 27. November, abends 7 Uhr:

- Polizeibeamte: Kammerstraße, Teltower Str. 1. — Referent: Landtagsabdiat Polizeioberwachmeister Klenz. — Thema: Polizeibeamte und der 7. Dezember!
- Feuerwehr Groß-Berlins: Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17. — Ref.: Stadtverordneter Ernst Teschke. — Thema: Wen wählen wir in den neuen Reichstag? — Genossen und Kollegen, erscheint mit euren Frauen und Freunden recht zahlreich.

Freitag, 28. November, abends 7 Uhr:

- Feuerwehrbeamte Groß-Berlins: Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17. — Thema: Wen wählen wir in den neuen Reichstag? — Ref.: Stadtverordneter Teschke.

Jugendveranstaltungen.

- Abend, Bezirksarbeitsgemeinschaften! Heute Sitzung im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, abends pünktlich 7½ Uhr.
- heute, Donnerstag, den 27. November, abends 7½ Uhr: Schulanter Vorabend Schule Lindenstr. 17. Vortrag: „Diktatur und Demokratie“. Ferner Konfirmanden der Mädchen mit der Parteibildungsleitung bei Schulamt, Stolpische Str. 36. — Genossenschaft: Bobenack, Döberinger Straße 57. Vortrag: „Geschichte des Altertums“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebastianstr. 87/88, Hof 2 Tr. Kameradschaft Köpenick: Donnerstag, den 27. d. M., Versammlung der SPD. in Mahlsdorf-Süd, Restaurant Heidehof. Sozialklub trifft sich abends 7 Uhr Bahnhof Köpenick. — Kameradschaft Panitzsch und sämtliche Unterguppen. Freitag, den 28. d. M., abends 7 Uhr. Treffen der Solisten im Jugendheim Koellie Str. 33 abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei Meyer, Türckische Str. 14. Sozialklub Köpenick. — Kameradschaft Wedding: Freitag, den 28. d. M., abends 6 Uhr. Antritt im den Vorarbeiten. — Abends abends 7. Dezember. 7 Uhr. Antritt zum Vereinstag bei Müller, Uferstr. 12. — Kameradschaft Reinickendorf. Untergruppe Köpenick: Freitag, den 28. d. M., abends 7 Uhr. im Restaurant Hermann, Tegeler, Scherfensberger Straße.
- Reichsbund Deutscher Arbeiter, Bezirk Kreuzberg. Oeffentliche Mitgliederversammlung am Sonntag, den 1. Dezember, abends 8½ Uhr. Kulmburg, 15. Thema: „Welche Partei vertritt uns im Reich und Bundestag?“ Sämtliche Parteien sind eingeladen.
- Karitätliche Verkehrsverein. e. V. Vortragabend über die Bedeutung der Verkehrsvereine im Reich und im Reichstag am Donnerstag, den 4. Dezember, 8½ Uhr, im Rosenbergsaal, Kleiststr. 41. Eintritt für jedermann frei.
- Arbeiter-Rede-Klub, Bezirk Köpenick. Jeden Donnerstag 7 Uhr Versammlung bei Koral, Rosenburger Str. 9. Große willkommen.
- Arbeitsklub Brandenburg der Deutschen Arbeitervereine. Oeffentliche Ansprache, Dr. Gumbel, Gumbel und des deutschen Volk, am Freitag, den 28. November, abends 7½ Uhr, im Arbeiter-Gymnasium, Wandeburger Str.

Arbeiterversport.

M. B. Hermanns (Fr. Arbeiter- und Sportbund im K.L. u. S. V.). Zum Ausbau des Vereins werden neue Mitglieder gesucht. Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. eines Monats. Schriftliche Anfragen an H. Lange, Berlin-Friedenau, Bornstr. 6.
S. V. Sparta 1911. Reichstheater, Fußball, Boden, Sombell. Jeden Freitag ab 4½ Uhr Sponsoring, Ellendstraße. Jeder Genosse muß pünktlich erscheinen. Große herzlich willkommen. Geschäftsstelle: Otto Grotsch, S. 34, Reichsbanner Str. 40-41.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, Berlin S 25, 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.
2. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 28. November, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Krüger, Pankstraße 10.
 3. Kreis Friedrichshagen. Parteivorstandssitzung: Die Karten zum 3. Dezember für den Sachbesitz Friedrichshagen sind abgehoben. Freitag, den 28. November, 7½ Uhr, oeffentliche Kreisversammlung. Abends 8 Uhr unter oeffentlichen Wählerversammlungen.
 4. Kreis Wilmersdorf. Die Briefe für die Hausangestellten sind ebenfalls wie bei Rupert bei Kroll abgehoben, die „Wählerin“ bogen von der Genossin Behr.
 14. Kreis Köpenick. Die Genossen, die gewillt sind, die Kandidatur im Kreis Westend am Sonntag und Montag mitzumachen, werden aufgefordert, sich am Freitag abends 7½ Uhr im Lokal von Schiller, Döbering, 68, Westendstraße, einzufinden.
- Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine. Gruppe Köpenick: Freitag, den 28. November, pünktlich 8 Uhr, in der Schulaula Grefenbarger Str. 30, Uferstr. abends. Freunde und Genossen herzlich willkommen.

Heute, Donnerstag, den 27. November:

21. Abt. 7½ Uhr Konferenz der Mitglieder der Arbeiterjugend mit der Arbeitsgemeinschaft bei Schulamt, Stolpische Str. 36.
22. Abt. 8 Uhr bei Barsuch, Friedenstr. 88, Bezirksklub. Empfangsabend mit wichtigem Material.
23. Abt. Westend. 7½ Uhr erweiterte Kreisversammlung, des Wahlkreises um bei Kroll, Scherfensberger Str. 57, abends 8 Uhr im Bes. einer Abt. der alten Wählerliste sind, werden verpflichtet, dieselbe zur Sitzung mitzubringen.
24. Abt. Seamschulstraße. Pünktlich 7½ Uhr im Lokal Wegmann, Bornschulstr. Ede Krollstraße. Werbe-Mitgliederversammlung. Reges Programm für diese Versammlung nach.
25. Jungfrauenklub. Gruppe Köpenick: Die Gruppen fordern sofort ihren Bedarf an Eintrittskarten für die Kundgebung am kommenden Sonntag im Vereinshaus beim Genossen Köpenick, Mariannenstr. 26, an. — Gruppe Kreuzberg: 7½ Uhr im Jugendheim Ellenstr. 3 Mitgliederversammlung. Verteilung der „Jugendpolitischen Blätter“. — Gruppe Neukölln: 8 Uhr in der Kinderlesehalle, Rosenthaler Str. 11-12. Vortrag des Genossen Dr. Sturm über „Sozialismusprogramm“.

Morgen, Freitag, den 28. November:

1. Abt. 7½ Uhr allgemeine Mitgliederversammlung in der Schulaula Auguststraße 68. Tagesordnung: Einleitung der Wahlarbeit.
2. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57.
3. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
4. Abt. 7½ Uhr erweiterte Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Mitglieder haben Zutritt.
5. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
6. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
7. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
8. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
9. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
10. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
11. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
12. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
13. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
14. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
15. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
16. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
17. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
18. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
19. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.
20. Abt. 7½ Uhr Funktionärssitzung bei Kroll, Scherfensberger Str. 57. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlarbeit.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die glänzenden Begutachtungen von „Dewo-Seifenfabrik“ werden immer mehr und auch Sie werden sich freuen, wenn Sie Dewo-Feinseife kennen. Hören Sie deshalb nicht, wenn Sie zu Ihrem Lieferanten und verlangen Sie „Dewo“ in Paketen zu 40 Pf. Können Sie sich nichts anderes aufgeben. Die Genossin am Oranienburger Tor 10 der Herrenarchitektenvertrieb Richard Charalch, Friedrichstr. 11a, Eingang des Oranienburger Straße, 1. Trepp. Dort kauft man erstklassige Badewannen, Toiletten, Wasserhähne, Schüsseln, Cuticoms zu sehr billigen Preisen, welcher Weg lebend. Auf Wunsch Teilzahlungen gestattet.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. Ingres-Gedächtnis muß die Erhebung der Auflage überholt werden. — Nr. 8, 1. und 2. Ihre Mutter hat keinen Anspruch auf Alimente, da die Inhabilität Ihres Vaters vor dem 1. Januar 1912 eingetreten ist. 3. Ja. — Berlin. Sie müssen den Tag des Erwerbes angeben, da wir sonst Ihre Anfrage nicht beantworten können. — S. 26. Ihre Mutter muß Ihren Gläubiger unter Einwirkung ihrer Eigentumsverhältnisse zur Freigabe der Pfandstücke auffordern und für den Fall, daß die Freigabe abgelehnt werden sollte, Klage auf Freigabe der Pfandstücke erheben und die Einleitung der Zwangsversteigerung beantragen. — S. 29. 1. Der Antrag auf Aufhebung der Ehe ist an das Grundbuchamt (Amtsgericht) zu richten. 2. Er kann sowohl von dem Gläubiger als auch vom Schuldner (Eigentümer des Grundstücks) gestellt werden.

Warmer Pudding

hergestellt nach dem folgenden

Oetker-Rezept

ist eine ausgezeichnete nahrhafte und wohlschmeckende Speise und kostet

nur 1 Mk. 73 Pfg.

250 g Nier-nist, gehackt, 1 Pfd. ca. 0,90	M. 0,30
125 g Zucker Pfd. ca. 0,45	0,12
3 Eier, Stück, ca. 0,19	0,57
1/4 Pfd. weizenmehl Pfd. ca. 0,24	0,36
1/2 Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“	0,12
Schwach Salz	—
1/2 Liter Milch Lt. ca. 0,33	0,17
1 Handvoll Mandeln, fein gewiegt	ca. 0,10
Die Schale einer halben Zitrone	ca. 0,05
	M 1,73

Zubereitung: Nierenist, Zucker, Eigelb und Mehl, dieses mit dem Backin gemischt, verührt man, gibt die Milch, die Mandeln, Zitronenschale, etwas Salz und den Schnee des Eiwass hinzu. Dann füllt man die Masse in eine mit Butter bestrichene und mit Reibbrot bestreute Puddingform und läßt rund 2 Stunden im Wasserbad kochen. Statt in einer Puddingform kann man auch den Pudding in einer gewöhnlichen Kuchenform im Bratpfanne backen. Man trägt heiß auf und reicht eine Weinsauce dazu.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld
* Einzelretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Henko

Henkel's Walch und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mithverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Wäschchen.
Vorzügliches Einweichmittel

4. Internationale Konferenz der Hotelangestellten.

In den Tagen vom 25. bis 27. November findet in Berlin im Gewerkschaftshaus die 4. Internationale Konferenz der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten statt. Delegierte waren aus 11 Ländern erschienen, und zwar aus Belgien 1, Dänemark 2, Deutschland 6, Frankreich 1, Holland 2, Italien 1, Oesterreich 5, Polen 4, Schweden 1, Tschechoslowakei 4 und Rumänien 1. Den Internationalen Gewerkschaftsbund vertritt Genosse Saffenbach, den ADGB Genosse Knoll.

Zu Vorsitzenden wurden Ströhlinger-Berlin und Sander-Amsterdamm bestimmt.

Den ersten Verhandlungstag und die Hälfte des zweiten Tages nahmen die Berichte der Delegierten in Anspruch. Wie alle Organisationen hat auch die der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten nach dem Kriege einen plötzlichen mehr oder minder starken Aufschwung genommen und dann allmählich einen Rückgang erfahren. Im Laufe dieses Jahres hat die Bewegung allenthalben wieder einen Aufschwung genommen, insbesondere auch in Deutschland. Der Achtstundentag ist auch dort, wo er gesetzlich eingeführt wurde nicht eingehalten worden.

Die gestrige Nachmittags Sitzung begann mit der Behandlung der überaus wichtigen Frage des Lohnsystems, wozu zwei Resolutionen vorliegen. „Die gänzliche Beseitigung des Trinkgeldsystems muß das Ziel aller freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen sein.“ heißt es in der Resolution der deutschen Delegation, in der verlangt wird, daß alle gastwirtschaftlichen Unternehmer alle Angestellten mit einem auskömmlichen Basislohn für die gelistete Arbeit entschädigen. „Das Prozentlohn-System in den verschiedenen Formen kann als befriedigendes Lohnsystem nicht gelten und nur, wenn ein entsprechendes Mindesteinkommen garantiert wird, für die Ubergangszeit anerkannt werden.“

Die Entscheidung der österreichischen Delegation fordert ohne weiteres die Barentlohnung, stellt jedoch die zeitliche Durchführung dieser Forderung den Landesverbänden anheim. Während über die Beseitigung des Trinkgeldsystems nur eine Meinung herrscht, ist die Frage des Prozentlohnens infolge der verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Ländern noch stark umstritten. In Oesterreich hat sich das Trinkgeldsystem bisher noch erhalten, während in der meisten übrigen Ländern das Prozentlohn-System eingeführt ist, das natürlich auch seine Schattenseiten hat. Die Delegation

reicht werden sich daher gegen das Prozentlohn-System als Ubergangsstadium, das die Durchführung der festen Entlohnung nur verzögert. Die polnische Delegation empfiehlt der Konferenz für die Einführung der Entlohnung der Küche einzutreten, wie sie in Kongresspolen üblich ist. Das Trinkgeld ist in Polen restlos beseitigt. Dagegen besteht auch in Schweden noch das Trinkgeldsystem. Die Beschlusfassung wurde auf Donnerstag vertagt.

Wetter für Berlin und Umgegend. Etwas wärmer. Länger bis mäßig. Keine erheblichen Niederschläge. Nämlich lebhaft südliche Winde. — Für Deutschland. Im Westen etwas Regen und etwas Wärme. Im Osten trocken und kühl. Nacht leichter Frost.

Spröde u. rote Haut

Ausprägung der Hände und des Gesichts, Mundlein und un-reinen Teint **Leokrem** Dieses bewährte Haut-befeuchtigsmittel sofort pflegemittel erhalten Sie überall, wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpasta kaufen.



...und jetzt weiter!

Der unerhörte Erfolg unserer „3 Mäntel-Tage“ läßt uns nicht etwa ruhen. Im Gegenteil, er spornt uns an zu immer neuen, größeren Anstrengungen, deren erstes Ergebnis Sie in unserem heutigen Preis-Angebot sehen.

Prüfen Sie sorgfältig, auch besonders, welche guten Qualitäten wir Ihnen zu diesen spottbilligen Preisen bieten.

Sie sollen mit uns zufrieden sein!

Winter-Mäntel

- | | |
|--|---|
| Winter-Mäntel aus prächtigen Stoffen ab 6 ⁷⁵ | Attenhaut-Mäntel aus gut. Ware, m. schön. Überziehertrag, ab 29 ⁰⁰ |
| Phantasie-Mäntel sehr leichte Form, in dezente Farbtönen, ab 7 ⁷⁵ | Imit. Lammfelljacken aus guter, m. wolliger Ware ab 14 ⁵⁰ |
| Winter-Mäntel aus entlarb. Plausch- u. and. Stoffen ab 9 ⁷⁵ | Wollplüsch-Jacken ganz auf gemustertem Seide ab 25 ⁰⁰ |
| Phantasie-Mäntel aus guten hellen und dunklen Stoffen, mit großem Pelzkragen ab 14 ⁷⁵ | Astrachan-Mäntel ganz auf Futter ab 29 ⁰⁰ |
| Eskimo-Mäntel mit schöner Biesengarnierung ab 16 ⁰⁰ | Wollplüsch-Mäntel auf großem Schal-Kragen, ganz auf gemustertem Seide ab 47 ⁰⁰ |
| Attenhaut-Mäntel neuartig in Schnitt u. Garnierung ab 19 ⁷⁵ | Seal-Plüsch-Mäntel in viel. Form. u. Wert, ganz u. Damast ab 79 ⁰⁰ |

Regen-Mäntel

- | |
|---|
| Imprägn. Regen-Mil ab 9 ⁷⁵ |
| Lack-Mäntel ab 14 ⁷⁵ |
| Lederol-Mäntel ab 18 ⁷⁵ |

Backfisch-Mäntel

- | |
|---|
| Für jeden Geschmack und in jeder Preislage in der bei uns bekannten Vielseitigkeit ab 6 ⁷⁵ |
|---|

Kinder-Mäntel

- | |
|--|
| Phantasie-Mäntel aus guter moll. Ware, Lge. 80 cm, ab 3 ⁰⁰ |
| Phantasie-Mäntel aus entlarb. Stoffen, Lge. 60 cm, ab 4 ⁰⁰ |
| Velours-Mäntel m. schöner Biesengarn., Lge. 60 cm, ab 12 ⁰⁰ |

Frauen-Mäntel

- | |
|--|
| In umfassender Auswahl! Die schönsten Formen in allen modernen Farben und Stoffarten, auch für ganz große Frauen-Weiten. |
|--|



Hochmoderner Winter-Mantel aus guter wolliger Phantasieware, besonders leicht wirkt der große Pelzkragen (Capra) **14⁵⁰**

Königstraße 33 Am Bahnhof Alexanderpl. **Chausseestr. 113** Beim Stettiner Bahnhof (Untergrundbahnstation)

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Besonders günstige Weihnachtsangebote!

- | | | | |
|---|--|---|---|
| Herrn-Ulster und Schlüpfer , mod. verarb., aus guten Stoffarten, Must. u. Farben 70.- 65.- 58.- 45.- | Cutaway u. Westen , a. marengo und schwarzem Cheviot, Preis je nach Qualität 65.- 55.- 48.- 36.- | Damen-Lederjoppen , fesche Wiener-Fass, a. gut. braun. Leder v. 100.- 205.- | Damenmäntel in reichhaltig. Auswahl, moderne fesche Formen von 14.- |
| Herrn-Paletots , ein- und zweireihig, aus marengo Cheviot und schwarzem Eskimo mit Samtkragen, je nach Qualität und Art 90.- 70.- 65.- 48.- | Herrn-Gummimäntel , aus Nessel, Körper, Covercoat, Double u. Grätenstoffen, mit bester Gummierung je nach Qualität und Art 35.- 28.- 25.- 21.- 16.50 | Herrn-Fahr- u. Automäntel , eleg. Formen aus braun. Leder von 205.- | Windjacken m. angewebt. Futter imprägn., m. aufgesetzten Taschen und Gürtel ringsherum 30.- |
| Herrn-Ulster , Ersatz für Maß, vornehme Dessins in erstklassiger Ausführung mit Rückenschlitz, Falte u. Gurt 120.- 110.- 90.- 80.- | Lodenmäntel f. Damen u. Herren aus imprägniertem Strichloden in grau, grün u. braun 43.- 35.- 30.- 27.- 24.- 21.- | ipo ip-lie , braunmelierte Stoff-bezüge mit Kaninfütterung und Schalkragen von 95.- | Jünglings-Sportanzüge mit Breecheshose, in vielen Qualitäten und Mustern. von 21.- |
| Herrn-Jackett-Anzüge , mod. Muster und Formen 60.- 50.- 45.- 36.- | Winterlodenjoppen 1.2 reihig, und Sportform aus guten Lodenstoffen, warm gefüttert von 15.- | Gehpelze , schwarzer Tuchbezug mit Kaninstückenfutter und Seal-electric Rollschalkragen 225.- | Anzüge aus gewirnt. Cottbusser Cheviot , eisonf. Qual., l. Streif.- u. Karomust. Gr. 7-9, Sportform 30.- |
| Herrn-Jakko-Anzüge , Ersatz für Maß, aus solid. Stoffen, Form u. Verarbeitung nach neuest. Schnitt, vorzügl. Paßf. 110.- 90.- 75.- 68.- | Manchester-Anzüge für Herren, Jackett ganz gefüt., mit Breecheshose und dreiteiligem Gurt. 36.- | Chauffeurmäntel a. grau. Ddffel mit warmem Futter und Aermelwindschutz von 65.- | Gr. 10-12, Sportform 33.- |
| Herrn-mokins und Abendanzüge aus besten Stoffen in eleganter Ausführung von 95.- | Lodenanzüge schwere Ware f. Jagd u. Sport mit Knickerbocker, langer oder Breecheshose in versch. Farben, je nach Qualität und Art 65.- 58.- 48.- | Fahrmäntel , schwere Winterware, stabil verarbeitet 80.- | Gr. 38-44 in Sport- u. Jackettform 38.- |
| Gehrock-Paletots für Herren, marengo und schwarz, vorzügliche Paßform von 100.- | Modell-Mäntel f. Herren, in hervorragender, geschmackvollster, modernster Form, aus reinwollenen Plausch- und Ratinstoffen, mit Seide gefüttert, 160.- 165.- 145 | Wagenfußböcke, Fußwärmer, Jagd- u. Automuff n fertig am Lager | Herrnanzüge, Sportform, dreiteil. 58.- |
| Hausjoppen für Herren aus m. wolligen Plauschstoffen in vornehmen Farben, mit Verschönerung 33.- 27.- 24.- 22.- 19.- | | Nacktpelze gebrauchte 35.- 25.- 25.- | Knaben-Wintermäntel in geschmackv. Dessins und Formen, Größe 0 von 18.- |
| Herrnlederjoppen für Auto- und Motorsport, in Hütter Form, braun 92.- schwarz von 65.- | | Fußböcke aus gut erhalten. Schaffeln, ca. 2 m lang, für Mitfahrer, Landwirte, Wächter, Jäger, Wagen und Schlitten besonders gut geeignet von 30.- | Knaben-Anzüge , Joppenform, aus grauen u. weißer. Stoff., Größe 1-3 6.75 |
| | | Die Pelze sind vom Umtausch ausgesehlt | Schlafrocke aus warmen, m. wolligen Plauschstoffen in geschmackvollen Farben u. Ausführungen in großer Auswahl fertig am Lager |

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baer Sohn A.G.

Eigene Kleiderwerke

Chausseestraße 29-30

Chauffeurpelze mit Schaffelfütterung und Lammfellkragen **225.-**

Köpfe.

Noch einmal Graf Westarp Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volkspartei für Potsdam II.

In der „Kreuzzeitung“ sucht Graf Westarp die Hiebe des „Vorwärts“ zu parieren. Wir hatten ihn mit dem Stohdegen angegriffen, einer Waffe, die er nicht zu handhaben versteht. Deshalb bedient er sich zur Abwehr eines Instruments, das ihm besser liegt, nämlich der Mistgabel. Er spricht von Revolutionsgelichter, versucht sich nach Hammersteinischem Muster im Rauscheln und nennt den Verfasser unseres Aufsatzes einen schwarzgelochten Pressejüngling, was nebenbei beweist, daß der Herr Graf nicht bloß in politischer Beziehung farbenblind ist. Daß blöde Köpfe und Menschen, die der Vornehmheit ermangeln, dem Antisemitismus verfallen, ist eine bekannte Tatsache. Warum sollte also Graf Westarp nicht Antisemit sein?

Der sachliche Inhalt der Erwiderung des Herrn Grafen läßt in gleichem Maße Wahrheit und Klugheit vermessen. In seinem Bittbrief an die jüdischen Wähler des Wahlkreises Meseritz will er gesagt haben, daß die Judenfrage für ihn eine Frage religiöser Toleranz sei, während er in Wirklichkeit darin geschrieben hat: „Die Grundsätze religiöser Toleranz sind mir so in Fleisch und Blut übergegangen, daß ich für überflüssig gehalten habe, so ausführlich darüber zu reden.“ Er stellt sein Schreiben als eine Bagatelle hin. Er hat ganz recht. Was ist denn auch dabei, wenn ein Mann, der in den Bahnen Stöckers wandelt, soweit es ihm seine geistigen Mittel gestatten, sich zum Zwecke des Franges jüdischer Stimmen die Maske Lessings vorbindet? Zumal da diese schauspielerische Leistung des Herrn Grafen in den Schatten gestellt wird durch seine Heuchelei vom Ende August des Jahres. Wer in tagelangen Verhandlungen den Preis für den Umsall der Hälfte seiner Fraktion bei einer entscheidenden Abstimmung ausgehandelt und dann selbst bei dieser Abstimmung den wilden Oppositionsmann markiert hat, ist durchaus berechtigt, Angriffen, die gegen ihn vom Standpunkt der Moral aus erhoben werden, den Einwand mangelnder Passivlegitimation entgegenzustellen.

Gegenüber der Anzweiflung seiner juristischen Fähigkeiten macht Graf Westarp geltend, daß eine beträchtliche Anzahl von Urteilen seines Senats, die aus seiner Feder stammten, den Weg in die amtliche Sammlung genommen hätten. Daß Graf Westarp imstande ist, Urteilsgründe, die andere gefunden haben, zu redigieren haben wir nie bezweifelt. Nur auf dem Gebiete des Findens ist er schwach, wie daraus hervorgeht, daß seine ellenlangen Voten von seinen Kollegen abgelehnt zu werden pflegten. Die Unklarheit des juristischen Denkens des Grafen Westarp wird z. B. durch die Bezeichnung „Königlicher Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.“ bewiesen, die er angenommen hat. Graf Westarp war bis zum 9. November 1918 Königlicher Oberverwaltungsgerichtsrat. Von diesem Tage an war er Oberverwaltungsgerichtsrat in der preussischen Republik. Da er aus seinem Amt erst im Jahre 1920 ausgeschieden ist, so ist es ein juristischer Unsinn, wenn er sich „Königlicher Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.“ nennt.

Der Herr Graf verspürt das Bedürfnis, sein Ausscheiden aus dem Amte zu rechtfertigen. Das hätten wir ihm im Hinblick auf das Verdienst um die Rechtsprechung, das er sich durch seinen Rücktritt erworben hat, gern erlassen. Aber er gehört offenbar zu den Menschen, die keine Gelegenheit, eine Dummheit zu begehen, unbenutzt lassen können. Das Pensionierungsgesetz läßt die Versetzung eines Beamten in den Ruhestand dann zu, wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist. Wir dachten bisher, daß einer dieser Gründe in der Person des körperlich allerdings sehr gefunden Herrn gegeben gewesen sei. Er belehrt uns aber, daß die Politik ihn veranlaßt habe, das Amtseid des Richters abzulegen. Damit die Deutschnationalen Partei einen Mann zu ihrer Verfügung hat, der vor dem unsäubersten Kuhhandel nicht zurückschreckt, muß also die preussische Republik dem Herrn Grafen eine Pension zahlen.

Graf Westarp teilt uns auch in dankenswerter Weise mit, weshalb er, der ehemalige Reservoffizier von erst fünfzig Jahren, im Kriege nicht den Degen gezogen hat. Die politischen Pflichten als Partei- und Fraktionsvorsitzender haben ihn im Lande festgehalten und gezwungen, seinen Kriegsdienst bei der freiwilligen Krankenpflege zu tun. Der Herr Graf hat also die Partei über das Vaterland gestellt. Wir sind darüber nicht erstaunt.

Sehr interessant ist die Vermutung des Herrn Grafen, daß ihn der Landesverband Liegnitz seiner Partei wohl deshalb nicht für die Nationalversammlung als Kandidaten aufgestellt habe, weil man seinen Namen für eine zu große Belastung gehalten habe. Wir erhalten dadurch einen neuen Beweis dafür, wie stark damals die Bestimmungsgenossen des Grafen Westarp unter dem Eindruck standen, daß sie die alleinige Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands trugen. Die Ablegung des alten Bekenntniswortes vom Kopfe der führenden Parteizeitungen, die Verbeugungen vor der Demokratie, dem parlamentarischen System und dem so lange mit Mut bekämpften gleichen Wahlrecht, das alles erschien ihnen nicht ausreichend, um ihre furchtbaren Sünden vergessen zu machen. Auch die kompromittierten alten Führer mußten, wenn Graf Westarp die Wahrheit sagt, verschwinden. Bis dann irgendein gründlich verlogenes Subjekt die rettende Mär vom Dolchstoß der Heimat erlangt.

Sehr gegen seinen Willen geht Graf Westarp auf den Beschluß ein, den er am 11. November 1918 in der Reichsanlei gemacht hat. Er hat es nicht gewagt, den Lesern der „Kreuzzeitung“ seinen Brief an die Meseritzer Juden auch nur auszugeweiht mitzuteilen: sein Publikum darf nicht einmal erfahren, wer die Adressaten dieses Briefes gewesen sind. Wir ahmen das Beispiel des Herrn Grafen nicht nach und drucken seine gemundene Erklärung, die sich auf den Versuch, bei wesehigen Reichspräsidenten bezieht, nicht ab.

Am 11. November habe ich die Volksbeauftragten Ebert und Haase aufgesucht, um ihnen, da Prinz Max von Baden und Reichstagspräsident Fehrenbach seit dem 9. November abwesend waren, die Forderung der konservativen Fraktion zu überbringen, daß sie den Zusammentritt von Bundesrat und Reichstag veranlassen

möchten, um zu den ungeheuerlichen Ereignissen des 9. Stellung zu nehmen. Es entspann sich eine Erörterung mit Herrn Haase, bei der ich meinen Widerspruch gegen seine Auffassung, das weltgeschichtliche Ereignis des 9. November habe das von mir betonte Recht der Verfassung aufgehoben, keineswegs fallen ließ. Als die Herren hohel blieben, meine Forderung abzulehnen, erklärte ich, da sie sich in den Besitz der tatsächlichen Gewalt gesetzt hätten, so seien sie für eine sichere Heimreise meiner Fraktionskollegen, die des Reichstages wegen noch anwesend wären, verantwortlich. Die beiden Volksbeauftragten erkannten das an und stellten, da erfahrungsgemäß die

Deutschnationaler Zukunftsraum.



Drobes auf dem schroffen Steine
Rauhe und schleimig von immerfort.
Und man blickt verächtlich nieder
Auf die armen Leute dort:
„Mit marxistischen Ideen
Schleicht ihr von Ort zu Ort,
Habt die Leute aufgewiegelt
Gegen ihrer Brodherrn Wort.
Stja, nun seid ihr doch betrogen,
Was ist's mit der Bargerheit!
Da die mit den beiden Häften,
Spudet euch sehr in der Dreil!
Be nas Mamppe! Wir nur wissen,
Was dem Volke dienlich sei.
Spüren sollt ihr anires Seltes
Baldigt einen Haug — einweil!“

O. K.
(frei nach E. Hland).

Reichstagslegitimationen nicht mehr beobachtet wurden, besonders Ausweise der Reichstanzlei zur Verfügung. Es ist also nicht wahr, daß ich gekommen wäre, um einen Ausweis für meine Sicherheit zu erbetteln. Ebenso ist es erlogen, daß ich mich in der Woche nach dem 9. November vertrieben hätte.

Zu diesen Aussagen des Herrn Grafen haben wir zu sagen: Es ist nicht wahr, daß Graf Westarp am 11. November 1918 in der Reichstanzlei staatsrechtliche Erörterungen gepflogen hat. Er konnte hiernach um so weniger Verlangen haben, als er in jener Zeit (wir sind sehr gut unterrichtet) die Absicht ausgesprochen hat, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Wir wiederholen: Graf Westarp hat den Volksbeauftragten Ebert gefragt, ob er und seine Kollegen sein Leben sichern könnten, er hat, als er eine verneinende Antwort erhielt, sich erkundigt, ob gegen seine Abreise nach Westpreußen Bedenken beständen und hat auf eine abermalige verneinende Antwort für sich einen Scheitbrieserbeten, den er erhalten hat. Von der Verantwortlichkeit der Volksbeauftragten für die sichere Heimreise seiner Fraktionskollegen ist mit keinem Worte die Rede gewesen. Graf Westarp hat auch für keinen deutschkonservativen Abgeordneten als für sich selbst einen Ausweis erbeten und erhalten.

Die gegenteilige Darstellung des Grafen Westarp ist offensichtlich unwahr. Wir sehen den Schritten, die der Herr Graf auf diese Feststellung hin unternehmen wird, mit Interesse entgegen.

Worte und Taten.

Spiegel für die Deutschnationalen.

Im Wahlmaterial der Deutschnationalen Partei findet sich eine phrasenhafte Zusammenstellung über das, was „Schwarz-Weiß-Rot“ bedeutet. Wir ergänzen diese Zusammenstellung, indem wir neben den deutschnationalen Agitationsphrasen die zugehörigen Taten der Deutschnationalen stellen. Die Deutschnationalen sagen:

„Deutschbewusstes Wille zur Vertretung nationaler Ehre und Würde.“

Deshalb bestimmten sie die Republik und die Farben der Nation. Übrigens Würde von der Partei, die die unauslöschbare Ehre des 29. August auf sich geladen hat!

Deutschnationale Phrase: „Forderung nach Uebermittlung des amtlichen Widerrufs der Kriegsschuldfrage an die feindlichen Regierungen.“

Deutschnationale Taten: Verschlechterung der deutschen Situation in der Kriegsschuldfrage durch das Verschweigen der Proteste republikanischer Staatsmänner, durch das Herabziehen dieser nationalen Frage zur parteimäßigen Agitationsphrase. Zudem kämpft Herr Tirpitz mit dem Oberdeputierten der „Deutschen Tageszeitung“, Herrn Bader, einen wütenden und gehässigen Kampf gegen den deutschen amtlichen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage.

Deutschnationale Phrase: „Wehrhafte Vaterlandsliebe bis zur Hingabe des eigenen Lebens.“

Deutschnationale Taten: Von der deutschnationalen Reichstagsfraktion saßen im Krieg 40 Proz. im Hinterland.

Deutschnationale Phrase: „Völkische Zusammenfassung aller Volksgenossen, die ihre Hände im Betriebe deutscher Arbeit rühren.“

Deutschnationale Taten: Unterfütterung aller sozialreaktionären Bestrebungen, die die arbeitende Bevölkerung rechtlos machen wollen.

Deutschnationale Phrase: „Soziale Hilfsbereitschaft nach dem Grundgesetz christlichen Empfindens: Einer trage des anderen Last.“

Nach diesem christlichen Grundgesetz wollen die Deutschnationalen die Last der Reparationen auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung wälzen, selbst aber frei ausgehen.

So werden die deutschnationalen Agitationsphrasen durch die deutschnationalen Taten Lügen gestraft. Keine Summe am 7. Dezember der Partei, bei der Worte und Taten in unvereinbarem Widerspruch stehen, keine Stimme den Deutschnationalen.

Sie wollen Preußen!

Die Deutschnationalen wollen nicht nur in die Reichsregierung, sie wollen vor allen Dingen die Hand an das Ruder des preussischen Staates legen. Sie möchten zurück zu den alten Zeiten, in denen die preussische Verwaltung eine einzig große Versorgungsanstalt für wachsende Konserve war. Deshalb heißt es im Wahlmaterial der Deutschnationalen:

„Die Bedeutung des 7. Dezember ist um so größer, als es sich nicht allein darum handelt, im Reich endlich mit Sicherheit die ersehnte Nationalregierung zu erwinnen, sondern es geht auch um Preußen! Fünf Jahre des Systems Seegering in Preußen haben uns bewiesen, wie recht der alte Bebel hatte, als er für die Sozialdemokraten die Parole ausgab: „Haben wir Preußen, dann haben wir das Reich.“ Das soll sehr unser Leitpruch sein!“

Weder das Reich, noch Preußen den Deutschnationalen! Weder im Reich noch in Preußen zurück zu dem verfallenen reaktionären Regime der alten Konserve! Schuß der Freiheit und der Demokratie im Reich und in Preußen gegen die Reaktion, das ist unsere Wahlparole.

Aus dem kinderreichen Arbeiterhaufe.

Wer in kroverreiche Arbeiterfamilien hineinschaut, dem prägt sich das trüb Bild unauslöschlich ein: blasse Kinder, rachitische Kinder, krumme Kinder und tuberkulöse. Wenn in den Schulunter suchungen einer Großstadt kürzlich festgestellt wurde, daß 33 Proz. der Kinder nicht gesund seien, so ist eine solche Statistik unvollständig, man hätte die Durchschnittszahl der Kinder in den Häusern der ärmeren Klassen und in denen der 47 Proz. gefunden Kinder mit hinzuzufügen sollen, das Ergebnis braucht nicht bezweifelt zu werden. Dabei ist das Kind aus kinderreicher Familie seiner Anlage nach gesunder, denn seine Eltern besitzen in ihrem kinderreichem ein Gesundheitszeugnis. Aber unendliche wirtschaftliche Not und vor allem Wohnungsnot, oft unglücklicher Art, richtet die Anlage zugrunde. Hier ist Hilfe dringend, hier liegt ein Staatsinteresse vor. Nicht nur aus sozialen, nein, schon aus Gründen der Staatsklugheit muß hier geholfen werden, denn hier wächst ein Geschlecht heran, das in seiner gesundheitlichen Minderwertigkeit später demselben Staat schwere Lasten auferlegen wird, der jetzt aufstrebend beiseite steht. Zwar hat die Reichsregierung zwei Artikel — 119 und 155 — die der kinderreichen Familie erhöhte Fürsorge und Recht auf Wohnung zusichern, aber sie stehen nur auf dem Papier. Ihnen fehlen die Ausführungsgeheißnisse. Hier nun erwacht dem kommenden Reichstage eine Aufgabe von hoher Verantwortlichkeit: er muß diese Ausführungsgeheißnisse schaffen, wenn er nicht unseren Nachwuchs verkümmern lassen will!

Aus der Wahlbewegung.

Ein im Wahlkampf tätiger Genosse schreibt uns:

Ich habe in vier Versammlungen bei Schneidemühl gesprochen, darunter in zwei größeren Industriorten, Jastrow mit 5500, Schönlante mit 10000 Einwohnern. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht. Die Kommunisten sind dort stark am Niedergang, die Völkischen in vollständiger Zerfällung begriffen. Die Kommunisten, welche vor dem 4. Mai noch etwas zu sagen hatten, haben sich offenbar wegen der starken Meinungsverschiedenheiten im eigenen Lager von ihrer bisherigen politischen Tätigkeit zurückgezogen. Die Völkischen veranstalteten dort keine öffentlichen Versammlungen, sondern mit einer Theatertruppe machten sie Deutsche Abende, um ihre Schatzkammer noch zusammenzuhalten. Am 16. November ließ sich Ludendorff wie eine Wackpuppe aus Costars Konopflium in drei Sälen Schneidemühl öffentlich zur Schau stellen. Das Geld mußte im Reiten klingen, wer Ludendorff sehen und hören wollte, zahlte für das Vergnügen 2 M. Die Stimmung der Masse ist uns dort in der Grenzmark bedeutend günstiger als wie vor dem 4. Mai.

Dann sprach ich in sechs Versammlungen in und bei Züllichau. Während vor dem 4. Mai dort einige unserer Versammlungen gesprungen wurden, wurde diesmal nicht der geringste Versuch gemacht. Die Versammlungen waren gut, zum Teil sehr gut besucht. Hier trat mir überhaupt kein Angehöriger einer anderen Partei entgegen. Außer den beiden festen Landwundlombänen Groß-Schmölln und Glauchow ist auch hier die Stimmung zu unseren Gunsten umgeschlagen. Die Kommunisten rühren sich dort gar nicht, die völkische Bewegung hat auch dort nach dem starken Anmarsch des Reichsbüroars Schwarz-Rot-Gold sehr abgelebt. Für die Deutschnationalen zieht dort Herr von Kemnitz mit stark verämterter politischer Orgel durch die Lande. In Züllichau wurde ihm von dem volksparteilichen Seminarleiter Jucker vorgehalten, daß er nur deshalb sein politisches Symb gemischt hätte, weil ihn Stresemann seinen Geländeposten geben konnte. Sehr wirkungsvoll rechnete für unsere Partei der Genosse Schäffer mit ihm ab. In Guben ließ man Herrn von Kemnitz erst gar nicht sprechen. Ein speziell in der Aufwertungsfrage geschulter deutschnationaler Redner, ein Rechtsanwalt aus Züllichau, zieht bei Züllichau in den Kleinstädten umher, um mit der Beintritte der Aufwertung Dumme zu fangen. In der Umgebung

Vorleser sind die Kommunisten rühriger. Dort treten auf den Dörfern kommunistische Redner auf, die ihre ersten Redeveruche machen. Nachdem ich am Sonnabend, den 22. November, in Eichstädt mit einem kommunistischen Stadtverordneten aus Bellen (scharf abgerechnet hatte, schickten sie mir am Totensonntag in Schwante bei Bellen gleich vier Redner auf den Hals, darunter einen angeblich parteilosen Studienrat Dr. Runge aus Berlin-Wilmersdorf, der aus eigener Anschauung das Sowjetparadies in den höchsten Tönen pries. Drei dieser Herren führten dann nach Bellen, wahrscheinlich um dort in der Versammlung des Genossen Siering ihre Tiraden anzubringen. Die in den Dörfern bei Bellen veranstalteten kommunistischen Versammlungen zeichneten sich durch gähnende Leere aus, während unsere Versammlungen stark besucht wurden. Erfreulich ist der Wiederaufstieg der freigewerkschaftlichen Landarbeiterbewegung, der sich nicht nur bei Bellen, sondern auch bei Jülichau bemerkbar macht.

Während in der Stadt die Wählerversammlungen im allgemeinen von den Anhängern einer Partei, und zwar von der einberufenden, besucht werden, ist es auf dem Lande ganz anders. Dort ist eine Volkerversammlung ein Ereignis, das noch lange im Gedächtnis der Besucher nachwirkt.

Diesem Moment muß der Redner Rechnung tragen. Wie weit dies kürzlich in einer Versammlung der Deutschnationalen geschah, sei an folgendem erläutert:

Der Redner, ein gewesener Major, kam — unvorbereitet wie ich mir habe — mit dem Auto angefaßt und besiegte die Rednertribüne. Auf seine Ausführungen, die Regierung der Mitte hätte in den sechs Jahren nach dem Kriege nur das Beste gewollt, riefen einige Zuhörer: „Dann sollen sie weiter regieren und die Deutschnationalen drohen bleiben“.

Darauf sagte der Herr Major: „Sie könnten's doch aber auch einmal mit uns versuchen, vielleicht machen wir's besser“.

Als er dies noch mehrmals wiederholte, wurde ihm zugezungen: „Wir sind doch hier nicht auf der Kirmes, wo es auch immer heißt: Wer versucht's noch einmal.“

Natürlich löste das allgemeine Heiterkeit aus. Auf die Abstimmung am 29. August wollte er absolut nicht eingehen, erst auf verschiedene Zwischenrufe, daß die Deutschnationalen ja nicht wissen was sie wollen rief er in den Saal: „Sind Sie doch froh, daß solcher Blödsinn bei uns vorkommt.“

Rum war es aber auch vorbei mit allen sachlichen Ausführungen und der Herr Major beendete sein Referat mit den Worten: „Ich werde erst hören, was die Diskussionsredner erwidern, alles was doch auch nicht Mist, was ich Ihnen gesagt habe.“

Klappte die Haden zusammen und setzte sich.

Vaterländischer Schwindel.

Flugierte Inserate, die das Reichsbanner hineinfegen sollen.

Vom Bundesvorstand des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird uns geschrieben:

Gegen das Reichsbanner werden vom Tage seiner Gründung an von den Kreisen, die diese Organisation der republikanischen Kriegsteilnehmer zu führen haben, die unglaublichsten Angriffe und Verdächtigungen verbreitet. Man scheut weder die gemeinsten, noch die dümmsten Mittel, um die gewaltige Volksbewegung, die das Reichsbanner nun einmal darstellt, in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Einer der häufigsten Vorwürfe liegt darin, daß behauptet wird, das Reichsbanner gewinne seine Mitglieder durch das Verschweigen der Gratifikation von Rügen und Windjacks, eine Behauptung, die ebenso verlogen ist, wie die von Ehren-Geisler in die Welt gesetzte von der Gewährung eines Handgeldes von 40 Mark.

Um den Anschein zu erwecken, als sei diese Behauptung zu beweisen, wird auf das nachstehende in Nr. 109 des „Boten aus dem Queistal“, Friedeberg a. R., erschienene Inserat verwiesen:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgr. Illersdorf.

Alle Angehörigen aus der Umgegend werden ersucht, sich an der Besprechung am Reichstag Illersdorf am 14. September recht zahlreich zu beteiligen! U. a. Anforderung von Windjacks. Bis zum 20. September noch neu beitr. Mitgl. erhalten Rüge und Windjacks gratis.

J. H. Freudenberg, Ortsgruppenführer.

Die vom Bundesvorstand eingeleitete Untersuchung führte zu dem erwarteten Ergebnis: der „Beweis“ der Richtigkeit der Reichsbannerleute erwies sich als ein aufgelegter Schwindel der „Vaterländischen“. Das Manuskript des Inserates wurde bei der Zeitung von einem Kinde im verschlossenen Umschlag abgegeben. Es war, jedenfalls zum Zwecke der Täuschung, in mangelhaftem Deutsch geschrieben. Der Träger des Namens Freudenberg, der als Ortsgruppenführer zeichnet, ist politisch eher rechtsgerichtet und als Rottenführer bei der Privatbahnbahn Hilsberg beschäftigt. Dieser Freudenberg bestreitet ganz entschieden seine Mitwirkung an der Veröffentlichung. Es handelt sich demnach um ein fingiertes Inserat und der Schluß liegt nahe, daß es von einem Mitgliede der vaterländischen Verbände aufgegeben worden ist.

Diese Feststellungen kennzeichnen die Moral der Kreise, die die Verteilungskampagne gegen das Reichsbanner führen. Offenbar wollte man mit diesem Schwindelinserat dem arg in der Klemme stehenden Geisler Beweismaterial verschaffen. Es kam, wie es in solchen Fällen kommen muß: Lügen haben kurze Beine und die vaterländischen Dunkelmänner sind die Blamierten. Man kann als mildernden Umstand gelten lassen, daß sie sich bei ihrem Vorgehen nach den in ihren Organisationen vorherrschenden Gebräuchen gerichtet haben. Es ist bekannt, daß Freibier, Zigarren und ähnliche schöne Dinge beim „Stahlhelm“ übliche Werbemittel sind.

Das Reichsbanner weiß derartige unlautere Machenschaften weit von sich. Seine Mitglieder kommen freiwillig und aus ehrlicher republikanischer Gesinnung zur Organisation in der Überzeugung, damit der Republik, dem Vaterlande zu dienen.

Dinters Abschied. In der letzten Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen der Entlassung des Staatsbankpräsidenten Vob teilte der Vorsitzende der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Abg. Köhler, den Austritt Dinters aus der Fraktion der nationalsozialistischen Reichspartei mit.

Wirtschaft

Handelswechsel und Geschäftsaufsicht.

Nach und nach beginnt sich unsere Wirtschaft auf normale Verhältnisse umzustellen. Eine stabile Währung macht den Handelswechsel als Zahlungsmittel unentbehrlich. Auf diesem Wege wurden früher die meisten größeren Zahlungen geleistet. Die Inflation hat auch dieses Hilfsmittel einer höchstentwickelten kapitalistischen Wirtschaft in den Staub mahloser Profitgier gezogen. Durch die Wechsel- und Akzeptenwirtschaft wurden die Gläubiger von den Schuldnern, die Reichsbank von ihren Kreditnehmern ausgebeutet. So wurde der durch den Wechsel ermöglichte bargeldlose Verkehr, der auf der Grundlage allseitiger Vertrauens beruht, zu einer Quelle des Mißtrauens und der strapuzierten Bereicherung einzelner. Von allen Instituten hielt damals die Reichsbank am längsten an der Fiktion Mark gleich Mark fest. Kein Wunder, daß der Wechsel bei ihr am längsten im Gebrauch war. Im Blütenjahre der Inflation 1923 jedoch war man allgemein zur Bargeldwirtschaft zurückgekehrt. Der Wechsel war seinen Funktionen entbunden.

Es ist bekannt, daß die Wirtschaft sich nur zögernd auf die Festigkeit der deutschen Währung umstellt. Gibt es doch noch heute weite Kreise, die die Möglichkeit einer Inflation in Rechnung stellen. Allmählich kehrt jedoch das Vertrauen zur neuen Reichsmark allgemein zurück, namentlich seitdem die internationalen Kredite zu fließen beginnen. Einher damit geht eine allmähliche Wiedereinführung des bargeldlosen Verkehrs, als dessen hervorragendes Instrument der Handelswechsel gilt. Die neue Devisenverordnung hat die Hemmnisse beseitigt, die einer Anwendung des Handelswechsels auf den internationalen Geldmärkten im Wege standen. Die Exportbegüter der Fabrikanten brauchen nicht mehr in Devisen, sondern können in Reichsmark beglichen und verrechnet werden. Wenn man weiß, was der Handelswechsel im internationalen Zahlungsverkehr früher für die deutsche Wirtschaft bedeutete, wird man die Befestigung der schonen Bestimmungen in der Devisenverordnung nicht gering in Rechnung stellen. International kann nunmehr ein vollständig bargeldloser Verkehr erfolgen, die Reichsmark ist als Goldgeld wieder in das Reg. dieses Verkehrs eingeführt.

In Innern steht einer schrankenlosen Einführung des Wechselverkehrs noch die Verordnung über die Geschäftsaufsicht im Wege. Die Stabilisierung der Währung und die Restriktionspolitik des Reichsbankpräsidenten haben eine Säuberung der Wirtschaft von unlauteren Elementen, die den Wechsel mißbrauchen würden, zur Folge gehabt. Es fände in dieser Beziehung also weniger zu befürchten. Nur die Geschäftsaufsicht dürfte ein Hemmnis sein. Der Handelswechsel wie sonst in Umlauf zu setzen. Weiß man doch heute kaum, ob eine Firma, die ihre Unterschrift unter einen Wechsel setzt, noch voll zahlungsfähig ist oder ob sie bereits unter Geschäftsaufsicht steht. Dem Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft steht einer Befestigung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht nichts entgegen. Je früher und schneller die Wirtschaft von ungeordneten Elementen bereinigt wird, desto besser wird eine allgemeine Befestigung vorbereitet. Fällt die Geschäftsaufsicht, dann dürfte dem Wunsche der Reichsbank zur allgemeinen Verwendung des Handelswechsels nichts mehr im Wege stehen. Auch die Arbeiterschaft hat ein Interesse an dem ruhigen Lauf der kapitalistischen Wirtschaftsmaschinerie, weshalb die Einführung des Handelswechsels nur begrüßt werden kann. Dieser hat keinen Schaden, der ihm in der Inflationsperiode anhaftete, nunmehr verloren.

Zur Frage der Zuckerzölle.

Zu unserem Artikel „Konsumvereine und Zuckerwirtschaft“ in Nr. 555 vom 25. November wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt:

Es war nie in Aussicht genommen, anfänglich der kleinen Zollvorlage für Zucker den früheren autonomen Zoll von 40 Mark je Doppelzentner festzusetzen. Die Aufnahme des Zuckers in die Zollvorlage diente vielmehr gerade dem Zweck, einen niedrigeren als den genannten Zoll festsetzen zu können, da ohne eine solche Ermächtigung nur der autonome Zoll festgesetzt werden könnte.

Die Berichtigung trifft nicht den Kern der Sache. Ohne die Ermächtigung, die auf Betreiben der Arbeiter- und Verbrauchervertreter der Regierung erteilt wurde, bleibt die seit dem Kriege eingeführte Zollfreiheit auf Zucker. Diese wäre, wie uns hier von amtlicher Seite zugegeben wird, beseitigt worden; dabei

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.	
Gerstengrauen, lose	18,50—24,50
Gerstengrütze, lose	18,50—18,75
Hafergrütze, lose	20,00—21,50
Hafergrütze, lose	21,50—22,50
Hafermehl 01	17,00—19,00
Hafermehl 02	15,25—22,50
Weizenmehl	24,50—2,00
Hafermehl	17,00—19,00
70% Weizenmehl	19,50—27,50
Weizen-Auszugmehl	15,00—24,00
Speisebun, Viktoria	16,00—17,50
Speisebun, kleine	22,00—24,25
Bohnen, weiße, I. rz.	28,00—33,00
Langbohnen, handverles.	18,00—27,00
Linsen, kleine	28,00—37,50
Linsen, große	37,50—35,00
Kartoffelmehl	17,25—21,25
Makkaroni, Hartgrießw.	43,50—58,25
Eiernudeln	47,00—71,50
Mehlnudeln	2,00—27,00
Bruchreis	13,75—18,00
Rangoon Reis	19,00—20,00
Yafereis, glasirt, Patna	24,25—32,00
Tafelreis, Java	32,75—43,00
Risnapfel, amerik.	89,00—100,00
Getr. Pflaumen 90/100	40,00—46,00
Pflaumen, entsteint	72,00—76,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00
Sultaninen Caraburnu	75,00—95,00
Korinthen, choice	61,00—75,00
Mandeln, süße Bari	195,00—210,00
Mandeln, bittere Bari	200,00—210,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00
Schwarzer Pfeffer, Singap.	12,00—130,00
Weißer Pfeffer	175,00—195,00
Rohkaffee Brasil	210,00—230,00
Rohkaffee Zentralamerika	215,00—31,00
Rohkaffee Brasil	260,00—300,00
Rohkaffee Zentralam.	310,00—300,00
Österr. Weizenlose	20,00—22,00
Kakao festarr.	70,00—90,00
Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Tea, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Tea, indischer, gepackt	40,00—470,00
Inlandszucker, weiß mel.	27,00—32,00
Inlandszucker Raffinade	32,25—35,50
Zucker Würfel	35,50—41,00
Kunsthonig	37,00—40,00
Zuckerstroh hell in Elm	41,00—47,00
Speisesirup dunk. in Elm	21,00—32,00
Marmelade, Eintr. Erdb.	90,00—95,00
Warmeade Vierfrucht	40,00
Pflaumenmus in Elmern	43,00—53,00
Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
	3,70—4,20
	4,40—5,00
	5,20—5,80
Stodesalz in Säcken	4,40—5,00
	5,20—5,80
Bratenschmalz in Tierces	87,00—91,00
Bratenschmalz in Kübeln	89,00—91,00
Purelard in Tierces	85,00—87,00
Purelard in Kisten	85,00—89,00
Speisetalg in Packung	65,00—66,00
Speisetalg in Kübeln	—
Margarine, Handelsm. I	66,00
desgl. II	60,00—63,00
Margarine, Spezialm. I	80,00—84,00
desgl. II	69,00—71,00
Molkereibutter I. Fass, 2 l. 1/2	1,90—220,00
Molkereibutter I. Pack, 220,00	226,00
Molkereibutter II. Fass, 185,00	209,00
Molkereibutter I. Pack, 190,00	205,00
Auslandbutter in Fassern	217,00—230,00
Corned beef 12½ lbs p. K.	40,00—42,00
Aust. Speck, geräuchert	108,00—120,00
Quadratkäse	18,00—22,00
Pilüter Käse, vollfett	127,00—133,00
Bayr. Emmentaler	162,00—170,00
Ester Emmentaler	170,00—178,00
Aust. ungezuck. Condens. milch 4½%	20,00—22,50
Indische desgl. 4½%	18,00—22,00
Ind. per Condensm 4½%	14,00

bleibt es fast gleichgültig, ob der beabsichtigte Zollfuß auf der Höhe des Vorkriegszolls liegen oder ob er etwas niedriger sein sollte. Die Interessenten suchten den Zoll von 40 Mark zu erreichen. Ihre Bestrebungen sind ebenso wie die der Regierung durch das Dazwischentreten der Konsumentenvereiner durchkreuzt worden.

Krach bei der Roggenrentenbank.

Die Roggenrentenbank war das erste Unternehmen, das in der Inflation zur Schaffung wertbefähigter Anlagen und zur Vergebung von Krediten auf Roggenbasis gegründet wurde. Die Gewinne, die sie in der kurzen Zeit ihres Bestehens erzielt hat, sind so phantastisch, daß es ihnen wegen der Generalexamung, die über die Goldumstellung zu beschließen hatte, zu schweren Auseinandersetzungen kam. Die Verwertung sollte die Gewinne in stillen Reserven verschwinden lassen. Die Opposition hingegen war mit der niedrigen Einschätzung der Substanz der Roggenbank nicht einverstanden. Politisch wird der Streit um die Substanz der Roggenbank, die ja dem Reichslandbund nahesteht, dadurch interessant, daß die Opposition von dem bekannten Großindustriellen Hugenberg geführt wird. Hugenberg hat dafür verschiedene Gründe. Zunächst steht er einem Institut nahe, der Ostdeutschen Privatbank, die Aktien der Roggenbank hat und diese zu einem möglichst günstigen Preis abstoßen will. Mit diesem rein materiellen Zweck verbindet Hugenberg ein wenig Propaganda, um dem sogenannten „kapitalistischen Elend“, den Kleinaktionären, den deutschnationalen Siegfrieden gegen eine Expropriation vorzutauschen, deren er sich in anderen Gesellschaften befreitigt.

Die Kapitalverhältnisse der Roggenbank, einer Inflationsgründung aus dem Jahre 1922, liegen ungefähr so, daß ihr folgendes Goldkapital zugeflossen ist:

	Goldmark
1. 6 Millionen Papiermark Gründungskapital	6 080,46
2. Erhöhung des Kapitals auf 100 Millionen; Einzahlung von 5 % mit 10 % Kajo im Jahre 1923	6 531,20
3. Einzahlung der restierenden 75 %	17,91
4. Erhöhung des Kapitals auf 1,1 Milliarden im Sommer 1923:	
a) 500 000 Aktien	8,29
b) 500 000 Aktien	1 061 247,—

Es ergibt sich danach am 1. Januar 1924, dem Datum der Goldumstellung, ein der Bank zugeflossenes Goldkapital von 1 073 888,96

Die Bank hat aber das neue Goldmarkkapital mit 280 000 Mark angegeben. Demnach muß sie, nachdem sie erst 1½ Jahre bestanden hat, im Dezember 1923 nicht weniger als 1 726 110,54 Gm. verdient haben, also mehr als das ihr zugeflossene Goldmarkkapital beträgt. Das bedeutet ein Arbeiten mit mehr als 100 Proz. Nettogewinn. Die Sache kommt aber noch besser. Dr. Hugenberg führte nämlich am Dienstag in seiner Oppositionsrede gegen die Bank aus, daß allein die greifbaren Sachwerte der Bank 425 Goldmark betragen. Wenn Herr Hugenberg das sagt, wird das schon stimmen. Er erbot sich auch, den Nachweis dafür zu erbringen. Demnach beläuft sich der Reingewinn auf 3 176 110,54 Gm. Herr Hugenberg kalkuliert aber noch wesentlich anders, indem er auf den Rentenskapitalwert der Bank hinweist. Die Bank hat z. B. bis Ende dieses Jahres Beteiligungsanteile in Höhe von 14 Millionen Zentnern Roggen. Rechnet man den Zentner Roggen äußerst niedrig mit 8 Mark und billigt man der Bank 1 Proz. Verwaltungskosten zu, so ergibt sich ein Ertrag von 1 Million Mark. Subtrahiert man davon 500 000 Mark für Unkosten, Spesen usw., so ergibt sich immer noch ein Plus von 500 000 Mark, die jährlich einkommen und, wenn man sie kapitalisiert, nach Hugenbergs Berechnung das Vermögen der Bank bis auf 8½ Millionen erhöhen.

Diese Rechnung stammt von einem Manne, dessen wirtschaftliche Fähigkeiten und spekulativen Instinkte kaum von jemandem bestritten werden dürften. Danach ergibt sich für die Bank ein Vermögenszuwachs in noch nicht ganz zwei Jahren von 7 426 110,54 Goldmark. Das ist ein Kriecherdienst, der sich allerdings aus der abnormalen Höhe der Zinssätze, Provisionen usw. so ziemlich erklärt.

Es ist nun natürlich verfehlt, dieses Ergebnis falsch zu verallgemeinern. Die Roggenrentenbank hat als erste Sachwertbank ungewöhnlich günstige Gewinnchancen gehabt und hat außerdem es verstanden, unter Berufung auf Formalbestimmungen — von denen z. B. der Staat Preußen keinen Gebrauch gemacht hat — ihre Gläubiger um einen erheblichen Teil der erwarteten Zinsen auf Roggenrentenbriefe zu bringen.

Bezeichnend sind die Vorgänge aber doch für die Kapitalpolitik gewisser Kreise, hinter denen der Reichslandbund steht. Auf Kosten der Landwirtschaft und derrer, die ihr das Geld zur Verfügung gestellt haben, wurden unglaublich hohe Gewinne erzielt: die Bank schwimmt in Geld und nach draußen verflücht man — die Rottage der Landwirtschaft ...

Lage und Ausichten des Baumarktes.

In der Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“, die von der Wohnungsfürsorge-A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter herausgegeben wird, finden sich folgende Betrachtungen über Lage und Ausichten des Baumarktes:

„Der Ausgang des Jahres 1924 sieht den Baumarkt in vollster Blüte, und es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß auch das Jahr 1925 eine rege Bautätigkeit entfalten wird. Aber monatliche sich nicht über den Charakter und über die Beständigkeit dieser Bautätigkeit. Das freie Spiel der Kräfte beginnt sich auszuwirken. Der Rückgang in der Beschäftigung der In-

Edelster Deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg A.-G., Bingen am Rhein
Filialbureau Berlin: Berlin W. 57, Kurfürstenstraße 28.



Oscar Görner

Berlin W. 8

Unter den Linden 3, Ecke Wilhelmstraße.

Hamburger Keule Stück 10 Pf., eine Qualitätszigarre in Kisten zu 100 Stück

Wirtschaft kreibt dem Baumarkt neuen Wind in die Segel. Das Kapital...

Das Privatekapital ist aber ein herz- und rücksichtsloses Frauenzimmer...

Das Prinzip des Privatekapitals ist: kurzfristige Anlage. Der gesunde Baumarkt...

Die Konstitution unserer privaten Wirtschaft läßt bei steigender Konjunktur...

Die Interessenten des Privatekapitals rüsten sich bereits zu einem Vorstoß...

Deutsche Bank. Der Berliner Handelsgesellschaft, der Dresdner Bank und der Darmstädter Nationalbank...

beiden Banken vorzuschlagen beschlossen haben. Die Württembergische Vereinsbank...

Hoffnung auf Schutzölle? Im „Börsen-Courier“ finden wir über die Hoch-Werte folgende offenbar aus Verwaltungskreisen stammende Mitteilung...

Neuorganisation in der Solinger Stahlwarenindustrie. Nachrichten aus dem Solinger Industriebezirk besagen, daß zwecks Förderung des Exports...

Bauren gegen das Kartellwesen. Die bayerische Regierung läßt folgendes halbamtlich mitteilen: Es dürfte im allgemeinen Interesse sein...

ordnung werden auch Innungen zu rechnen sein. Der oft gehörte Einwand, die Preise werden durch Angebot und Nachfrage bestimmt...

Des deutsch-schweizerische Abkommen über die Einfuhrbeschränkungen ist nunmehr von der Reichsregierung und von der schweizerischen Regierung genehmigt worden...

Internationale Truggewinne. Eine leise Vorstellung von internationalen Truggewinnen gibt der Abfluß des weltbekanntesten englischen Nähgarntruffs J. u. P. Coats in Paisley (Schottland)...

Verstaatlichung der drahtlosen Telephonie in Frankreich. Der Dausbalt der französischen Post- und Telegraphenverwaltung sieht u. a. auch die Verstaatlichung der bisher der Privatindustrie überlassenen Ausbeutung der drahtlosen Telephonie vor...

Es ist nicht immer einfach doch leicht ist hier die Wahl, verlange niemals Schuherne verlange stets Erdal. Erdal-Fabrikniederlage Berlin, Lankwitz, Charlottenstr. 33

Paul Doege durch Gedächtnis ein hohes Ende. Carl Lemser Rahmen- und Letzen abt.

Der gute Kapitän-Kautabak in der besten Zigarrenqualität erhältlich. C. Röcker, Berlin

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel. Besondere wirksam sind alle „KLEINEN ANZEIGEN“ in der Gesamtauflage des billig!

HERMANN Billige Bücher

- Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee 219. Rest-Auflagen Antiquarische Werke Neu-Ausgaben. G ügelte Worte. Meine Schweizer Reise. Ekkehard. Der grosse König und sein Rekrut. Die Renaissance. Goethe, Gedichte. Ergänz. Band, enth. Elegien - Episteln - Epigramme - Xenien - Aus fremden Sprachen und andere Dichtungen usw.

Die verlorene Handschrift 15.00 18.00. Herrorragende Preisermässigung! Soll und Haben 18.00

Die Wunder der Welt. Anna Karenina. Potsdam mit seinen Schlössern und Gärten. Bilder nach Naturaufnahmen...

Eleg. Geschenk-Bände 3.50 5.50. Klarer Druck und holztafelnes Papier. In jedem Meist-Einband jeder Band.

